

## Ukraine

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



## Vorbemerkung zum Länderbericht Ukraine

Die derzeitige Lage in der Ukraine ist angesichts des Krieges, welcher sich mit dem Einmarsch des russischen Militärs am 24. Februar 2022 zu einem konventionellen zwischenstaatlichen Krieg ausweitete, sehr unübersichtlich. Aufgrund von Verlusten, Mobilisierungen und Hilfslieferungen von Verbündeten sind insbesondere die Angaben zur Truppenstärke sowie deren Ausstattung unzuverlässig bzw. von kurzer Halbwertszeit. Als zusätzliche, ständig aktualisierte Quellen empfehlen wir daher den Leser:innen den [Ukraine Support Tracker](#) des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und die [Liste der Bundesregierung über Rüstungslieferungen](#) an die Ukraine, welche bis Mitte April 2025 fortlaufend aktualisiert wurde. Bedauerlicherweise wurde diese Berichterstattung durch die Bundesregierung mittlerweile eingestellt.

# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>3</b>
<hr/>	
<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>6</b>
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	12
Militärausgaben	16
Lokale Rüstungsindustrie	18
Streitkräftestruktur	20
Bewaffnung der Streitkräfte	23
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	29
Polizei und andere Sicherheitskräfte	30
Diversität in den Sicherheitskräften	31
<hr/>	
<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>33</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	33
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	34
Innere Lage im Empfängerland	39
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	42
Bedrohung von Alliierten	44
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	44
Unerlaubte Wiederausfuhr	47
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	48

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine war viele Jahre gering. Deutschland exportierte bis zur russischen Invasion am 24.02.2022 hauptsächlich Jagd- und Sportgewehre in die Ukraine. Militärische Unterstützung erhielt die Ukraine vor Februar 2022 vor allem durch die USA und – in geringerem Umfang – durch die NATO. Die Ukraine selbst war zu diesem Zeitpunkt noch unter den zehn größten Rüstungsexporturen weltweit und führte Waffen und Rüstungsgüter in zahlreiche Staaten aus. Dies änderte sich 2022 drastisch: War das Land zwischen 2017 und 2021 noch auf Platz 72 der weltweiten Waffenimporteure und empfing lediglich 0,1 % der weltweit gehandelten Großwaffen, lag es zwischen 2020 und 2024 auf Platz 1 und erhält 18 % aller weltweiten Großwaffenlieferungen. Wichtigste Lieferanten sind die USA (45 % aller Lieferungen), Deutschland (12 %), Polen (11 %), Großbritannien (4 %) und Frankreich (3 %). Deutschland allein genehmigte 2023 Rüstungsgüter im Wert von 4,37 Mrd. Euro.

Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist weit entwickelt und in der Lage, sowohl See-, Luft-, sowie Landsysteme herzustellen. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf. Obwohl große Teile der Rüstungsindustrie mit Beginn des Krieges systematisch angegriffen und vermeintlich zerstört wurden hat es die Ukraine in den letzten Jahren geschafft ihre rüstungsindustrielle Basis zu bewahren und sogar deutlich auszubauen. Das Produktionsvolumen soll von 1 Mrd. US-Dollar vor dem Krieg auf rund 35 Mrd. US-Dollar gewachsen sein. Produziert wird derzeit vor allem eine Vielzahl an unterschiedlichen Munitionstypen, gepanzerten Fahrzeugen und Drohnen. In den vergangenen zwei Jahren werden zunehmend Joint Ventures und andere Kooperationen mit westlichen Rüstungsunternehmen verkündet – die Ukraine könnte sich mittel- bis langfristig gar als Lieferant für europäische Staaten entwickeln.

Ursprünglich sollten die ukrainischen Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 verkleinert werden. Die ukrainische Armee war größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und dem Beginn des Krieges 2022 deutlich. Nach einer Mobilisierung umfassen die Streitkräfte (2025) um die 730.000 aktive Soldat:innen. Mit den aktuellen Lieferungen durch NATO-Staaten änderte sich auch die Ausstattung der Streitkräfte gravierend: So verfügen die ukrainischen Streitkräfte heute auch zu großen Teilen über modernes Gerät und nähern sich NATO-Standards immer weiter an.

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990 stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit dem Angriffskrieg Russlands stieg die Unterstützung des Militärs zunächst stark an. Viele meldeten

sich freiwillig, so dass teilweise Rekrut:innen abgewiesen werden mussten. Im mittlerweile fünften Kriegsjahr und nach hohen Verlusten werden die Streitkräfte jedoch von Mobilisierungsproblemen geplagt. Verschärfte Wehrgesetze belasten die Beziehung zwischen Armee und Zivilist:innen zunehmend. Zudem ist die Unterstützung für den Krieg in der ukrainischen Gesellschaft bis 2025 sehr deutlich eingebrochen: Nur noch 24 % der Befragten stimmen der Aussage zu, die Ukraine solle bis zum Sieg weiterkämpfen – 69 % präferieren hingegen mittlerweile eine Verhandlungslösung. Damit haben sich die Zustimmungswerte im Vergleich zu 2022 nahezu ins Gegenteil verkehrt (73 % zu 22 %).

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind (bspw. Nationalgarde, Grenzschutz und Nationalpolizei mit zusammen rund 260.000 Sicherheitskräften). Insbesondere die Polizei gilt aber nach wie vor als korrupt und ihr werden schwere Verbrechen wie Mord, Folter und Vergewaltigung zur Last gelegt.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügte noch immer über Streubomben und hat diese im aktuellen Krieg mit Russland auch mehrfach eingesetzt. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen bereits seit 2014 zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kam; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein von April 2014 bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen. Im Sommer 2020 konnte zwar erneut ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kam es weiterhin zu zahlreichen Verletzungen desselben. Die Beziehungen zu Russland waren in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und der anhaltenden Unterstützung Russlands der pro-russischen Separatist:innen in der Ost-Ukraine schwer belastet. Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen als "von Russland besetztes Gebiet". Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 entwickelte sich die Bedrohungslage im Osten des Landes in einen konventionellen Krieg, in dessen Zuge auch die Hauptstadt Kiew zeitweise unter schwerem Beschuss stand. Die SMM musste zum 31. März 2022 daher eingestellt werden.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, stellt jedoch ein großes Problem dar. Auch gilt die

Ukraine als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, darunter an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten.

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 5.210 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Folgen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft in hohem Maße von internationaler finanzieller Unterstützung abhängig sein wird. Mit einem HDI-Wert von 0,779 gilt die Ukraine als Land mit „hoher menschlicher Entwicklung“, liegt im regionalen Vergleich aber hinter seinen Nachbarländern. Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führte zur Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) sowie großen Teilen der Agrarproduktionsflächen. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden (Stand Anfang 2026) von der EU auf 588 Mrd. US-Dollar beziffert. Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hatte zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land in den vergangenen Jahren zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählte. Im Zuge des Krieges militarisierte sich die Ukraine nochmals deutlich und belegt seit 2022 im Globalen Militarisierungsindex den ersten Platz. Einen Überblick bisher geleisteter Hilfen – militärischer, finanzieller wie humanitärer Art – können dem [Ukraine Support Tracker](#) entnommen werden

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

**Tabelle 1**

**Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)**

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 77,9% Funkgeräte: 12,5%	2,05
2000	Sport- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver: 88,5%	1,56
2001	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 87,1%	1,13
2002	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Waffenzielgeräte: 70,3% Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz) und Munition für Flinten: 21%	1,59
2003	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 84,1% Munition für Jagd- und Sportwaffen, Revolver und Pistolen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen: 10,5%	1,93
2004	Sport- und Jagdgewehre, Waffenzielgeräte für Sport- und Jagdwaffen, inkl. Teile: 87,7%	2,30
2005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51% Geländewagen und Teile für Radfahrzeuge: 22,9% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver und Pistolen: 15,5%	1,96
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 61,2% Geländewagen: 28,3%	3,68
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 66,1% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 17,5%	3,66
2008	Infrarot-Beobachtungssysteme: 69,9% Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen und Teile für Maschinengewehre (Deko), Jagdgewehre, Sportgewehre: 19,9%	14,94
2009	Überwachungssysteme und Teile für Überwachungssysteme: 85,2%	15,68
2010	Pistole, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinte, Ladestreifen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 56,2% Geländewagen mit Sonderschutz: 32,0%	3,57
2011	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, funktionsunfähige Waffen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 50% Geländewagen mit Sonderschutz: 31,9%	3,69

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 58,1% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Pistolen, Revolver, Flinten und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Flintenmunition: 19,8% Geländewagen mit Sonderschutz: 12,3%	4,97
2013	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 61,8% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 31,4%	4,82
2014	Helme, ballistische Schutzwesten und Einschübe für Schutzwesten: 94,1%	25,40
2015	Stromerzeuger für eine Korvette: 79,9% Multisensorplattform zur Seeüberwachung: 16,3%	5,82
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,2% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 15%	2,58
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsbremsen: 47% Atemschutzmasken, Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 43,6%	2,73
2018	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten: 63,7% Container: 20,8%	2,11
2019	Jagdgewehre, Magazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 42,9% Container und Teile für Container: 28,6% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 10,4%	2,07
2020	Tauchergeräte, Container und Teile für Tauchergeräte: 40,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Magazine, Schalldämpfer und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 25,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 19,4%	3,50
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Wechselmagazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 55,0% Container und Teile für Tauchergeräte: 20,6% Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Jagdflintenmunition, Sportflintenmunition und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 16,5%	2,47
2022	Raketen, Flugkörper, tragbare Luftabwehrsysteme, Panzerabwehrminen, Panzerabwehrrichtminen, Abfeuersausrüstung, sonstige Ausrüstung und Teile für Flugkörper, Abfeuersausrüstung, sonstige Ausrüstung: 38,2 %	2.245,3

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	<p>Gepanzerte Fahrzeuge, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Schutz, gepanzerte Fahrzeuge, Panzerhaubitzen, LKW, Landfahrzeuge: 29,4 %</p> <p>Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungs-Erkennungs-Identifizierungsvorrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Rohrmaschinenrichtgeräte, Zielerfassungssysteme, Ortungs-Erkennungs-Identifizierungsvorrichtungen: 12,0 %</p> <p>Mörser, Panzerabwehrwaffen, Waffenzielgeräte und Teile für Kanonen: 8,7 %</p>	
2023	<p>Gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Kampfpanzer, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, ballistischen Fahrzeugschutz [Bank]: 34,7%</p> <p>Raketen, Flugkörper, Landminen, Landminenräumungsausrüstung, Ausrüstung zum Orten und Räumen von Seeminen, Abfeuerausrüstung, Sprengausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge und Teile für Flugkörper, Ausrüstung zum Orten und Räumen von Seeminen, Abfeuerausrüstung, Sprengausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 28,1 %</p> <p>Gewehrmunition, Jagd-/Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Maschinengewehrmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Scheinzielpatronen, Granatpistolenmunition, Granatmaschinenwaffenmunition, Jagd-/Sportflintenmunition und Teile für Gewehrmunition, Maschinengewehrmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition: 27,7 %</p>	4.369,4
2024	<p>Gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeug, Landfahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge: 41,8%</p> <p>Nebelbüchsen, Raketen, Flugkörper, Richtminen, Landminenräumungsausrüstung, Ausrüstung zum Orten und Räumen von Seeminen, Abfeuerausrüstung, Ausrüstung für Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 28,0%</p> <p>Gewehrmunition, Jagd-/Sportwaffenmunition, Maschinenpistolenmunition, Maschinengewehrmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Granatpistolenmunition, Granatmaschinenwaffenmunition und Teile für Gewehrmunition, Maschinengewehrmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Panzerabwehrwaffenmunition, Granatpistolenmunition, Granatmaschinenwaffenmunition: 12,6 %</p>	8.153,84

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

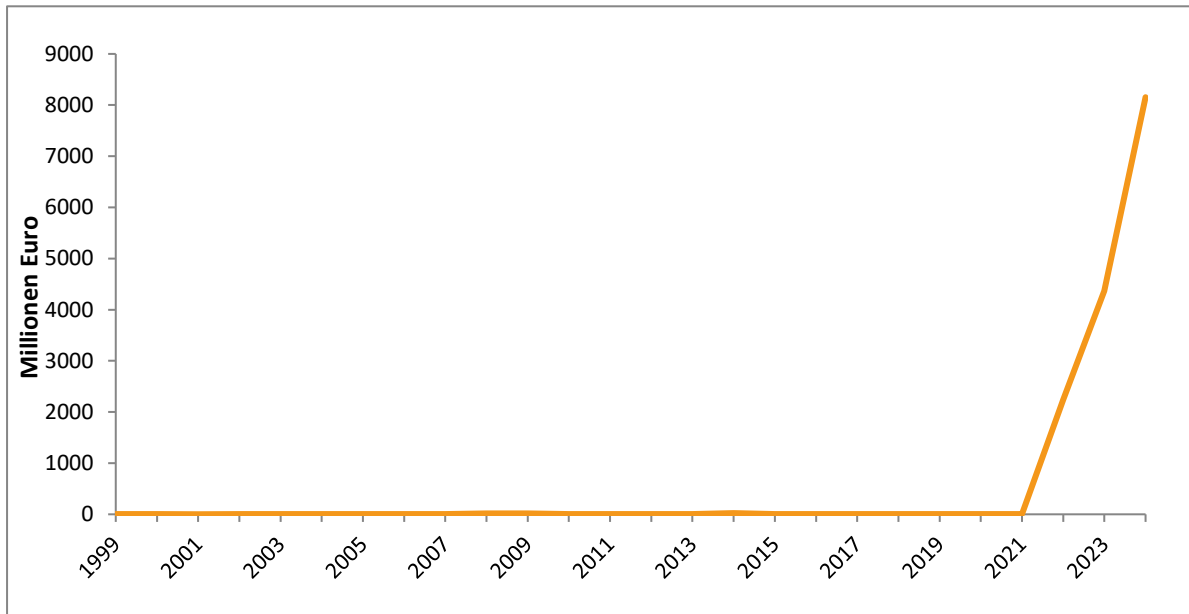
**Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024**

Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Ukraine 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(54)	MTU-881	Dieselmotor	2022	2022-2024	(54)	Neuwertig
(26)	BPz-2	Bergepanzer	2022	2022-2024	(22)	Gebraucht
27	BrPz-1 Biber	Brückenlegepanzer	2022	2022-2024	(27)	Gebraucht
2	Büffel	Bergepanzer	(2022)	2023	2	Gebraucht
(3)	COBRA	Artillerieortungsradar	2022	2022	(3)	Gebraucht
50	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	2022	2022	50	Gebraucht
(55)	Gepard	Selbstfahrende Luftabwehrgeschütze	2022	2022-2024	(42)	Gebraucht
(294)	GMLRS	Präzisionsgelenkte Boden-Boden-Raketen	2022	2022	(294)	Gebraucht
12	IRIS-T SL	Bodengestütztes Luftverteidigungssystem	2022	2022-2024	(11)	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(1000)	IRIS-T SLM	Boden-Luft-Raketen	2022	2022-2024	(700)	Gebraucht
18	Leopard-2A6	Kampfpanzer	(2022)	2023	18	Gebraucht
5	M-270 MLRS 277mm	Selbstfahrender Mehrfachraketenwerfer	2022	2022	(5)	Gebraucht
165	Marder-1A3	Schützenpanzer	2022	2023-2024	140	Gebraucht
	MIM-104 PAC-2	Boden-Luft-Raketen	(2022)	2023	(175)	Gebraucht
12	PIPz-2 Dachs	Pionierpanzer	2022	2023-2024	12	Gebraucht
14	PzH-2000 155mm	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	2022	2022	14	Gebraucht
(100)	DM-702 SMART-155	Präzisionsgelenkte Artilleriemunition	2022	2022	(100)	Gebraucht
54	RCH-155	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	2022			Neuwertig
	Stinger	Tragbare Boden-Luft-Raketen	2022	2022	500	Gebraucht
(2700)	Strela-2	Tragbare Boden-Luft-Raketen	2022	2022	(2700)	Gebraucht
255	Vulcano-GLR	Präzisionsgelenkte Artilleriemunition	2022	2023	(255)	Gebraucht
8	AIM-7E Sparrow	BVR-Raketen	2023	2023	8	Gebraucht
	AIM-7M Sparrow	BVR-Raketen	2024	2024	(100)	Gebraucht
	BPz-2	Bergepanzer	2023	2023-2024	57	Gebraucht, modernisiert
(10)	Eagle	Gepanzertes Fahrzeug	(2023)	2023	(10)	Gebraucht
120	IRIS-T	BVR-Raketen	2023	2023	120	Gebraucht
110	Leopard-1A5	Kampfpanzer	2023	2023-2024	(103)	Gebraucht
14	Leopard-2A4	Kampfpanzer	2023	2024	14	Gebraucht, modernisiert
(5)	Luna-NG	Drohne	2023	2023	(5)	Neuwertig
3	Patriot Configuration-3	Boden-Luft-Raketensystem	2023	2023-2024	3	Gebraucht
(16)	TRML-4D	Luftsuchradar	2023	2023-2024	(16)	Neuwertig
(200)	AIM-9M Sidewinder	Luft-Luft-Rakete	2024	2024	(200)	Gebraucht

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(128)	MIM-104 PAC-3	ABM-Rakete	2024	2024	(128)	Gebraucht
100	IRIS-T	BVR-Raketen	2024	2024	(100)	Neuwertig
6	Sea King Mk-41	Transporthubschrauber	2024			Gebraucht
	Lynx KF-41					Neuwertig
9	Boxer		2024			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

## Kommentar

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine war bis 2004 äußerst gering. Hauptsächlich lieferte Deutschland an die Ukraine Jagd- und Sportgewehre sowie entsprechendes Zubehör. Seit 2005 kam es jedoch zu einem Anstieg der Exportvolumina. So lässt sich der Antwort der Bundesregierung (18/863) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im März 2014 entnehmen, dass zwischen 2005 und 2012 knapp 1.300 Ausfuhrgenehmigungen für genehmigungspflichtige Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von rund 52 Millionen Euro erteilt worden sind. Der Anstieg ist dabei insbesondere auf die Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen, in denen Infrarotbeobachtungssystemen und allgemeinen Überwachungssystemen geliefert wurden. Berichten des norwegischen Friedensforschungsinstitutes PRIO zufolge hat Deutschland im Jahr 2009 außerdem für ca. eine Mio. Euro Munition für Klein- und Leichtwaffen in die Ukraine exportiert. Laut UN-Waffenregister bezog die Ukraine ebenfalls im Jahr 2008 einen leichten Hubschrauber des Typs Bo-105 aus Deutschland. Bemerkenswerterweise ist dieses Geschäft in den von Deutschland an die Vereinten Nationen gemeldeten Informationen nicht aufgeführt. Den Anstieg der Rüstungsexporte in die Ukraine im Jahr 2014 erklärt die Bundesregierung in ihrem Rüstungsexportbericht von 2014 hauptsächlich durch die Lieferung von Helmen und ballistischen Schutzwesten.

Seit dem 24. Februar 2022 lieferte die deutsche Bundesregierung jedoch Rüstungsgüter und komplette Großwaffensysteme. Zwischen dem 01.01. und dem 12.12.2022 sollen diese einen Wert von mindestens 2,15 Milliarden Euro erreicht haben. Lieferungen entstammen dabei teilweise Bundeswehrbeständen, werden aber auch über Finanzierungen (etwa aus Mitteln der deutschen Ertüchtigungsinitiative sowie der europäischen „Peace Facility“) direkt von der Industrie geliefert. Für 2023 wurden Zusagen über 5,4 Milliarden Euro und für die folgenden Jahre von 10,5 Milliarden Euro gemacht, die vornehmlich in die militärische Hilfsleistung fließen oder bereits gelieferte Eigenbestände ersetzen sollen. Einen Überblick über die verschiedenen von Deutschland gelieferten Großwaffensysteme bietet Tabelle 2. Einen vollständigen Überblick über die Lieferungen von letalen und nicht-letalen Militärgütern finden sich auf der [Website der Bundesregierung](#). Hierunter finden sich auch viele nicht von der SIPRI-Datenbank gelistete Lieferungen. Diese Berichterstattung wurde durch die Bundesregierung zum 17. April 2025 allerdings eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt soll Deutschland demnach insgesamt Rüstungsgüter und Großwaffensysteme mit einem Gesamtwert von 28 Mrd.

Euro zugesagt oder bereits geliefert haben. Ein Materialwert von rund 5,2 Mrd. Euro wurde dabei direkt aus Bundeswehrbeständen geliefert. Zudem erhielten mehr als 10.000 ukrainische Soldat:innen eine militärische Ausbildung in Deutschland. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 282 Mio. Euro. Kosten für die Versorgung verwundeter Soldat:innen in Deutschland werden hingegen nicht näher aufgeschlüsselt.

Laut dem Rüstungsexportbericht 2022 wurden 232 Genehmigungen im Wert von 2,245 Mrd. Euro erteilt. Die tatsächlichen Kriegswaffenausfuhren beliefen sich demnach auf 566,7 Mio. Euro, genehmigt wurden Kriegswaffenausfuhren über 1,286 Mrd. Euro. Rund 26,9 % aller deutschen Lieferungsgenehmigungen sollen 2022 demnach auf die Ukraine entfallen sein. Allein Klein- und Leichtwaffen wurden im Wert von rund 258 Mio. Euro und entsprechende Munition über 128 Mio. Euro genehmigt. Für 2023 gab die Bundesregierung im entsprechenden Rüstungsexportbericht einen Gesamtgenehmigungswert von 4,369 Mrd. Euro an. Die Ukraine erhielt demnach rund 36 % aller deutschen Rüstungsexportgenehmigungen. Das gleiche Verhältnis spiegelt sich auch in den tatsächlichen Kriegswaffenausfuhren wider, beliefen sich die Lieferungen an die Ukraine doch auf 1,583 Mrd. Euro von insgesamt 4,521 Mrd. Euro (35 %). Genehmigt wurden Kriegswaffenausfuhren an die Ukraine über 3,16 Mrd. Euro. Klein- und Leichtwaffen wurden im Wert von 11,4 Mio. genehmigt und entsprechende Munition im Wert von 118,5 Mio. Euro.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	18	44	2930	4291	5230	12513

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

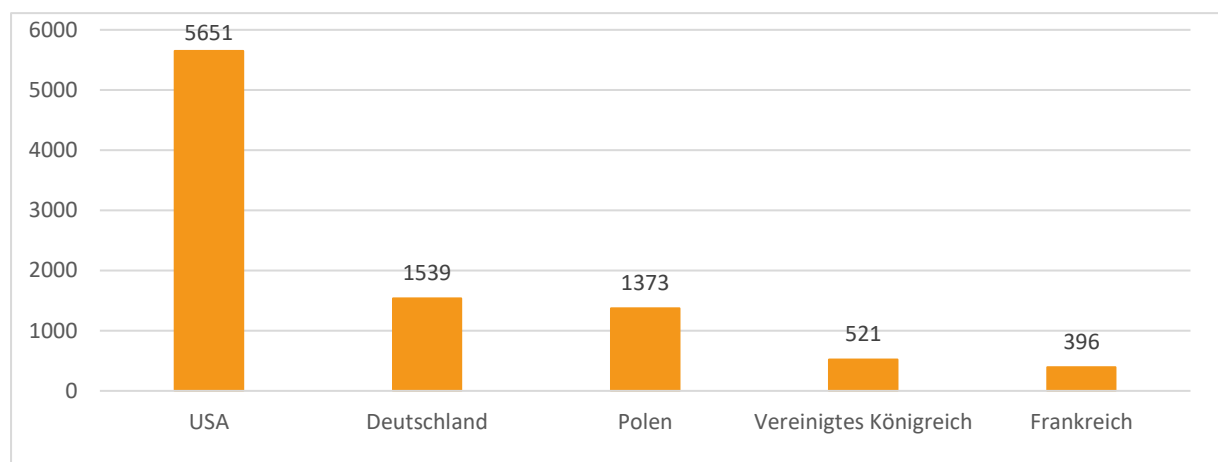
**Tabelle 4**

*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2020-2024, Mio. TIV*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	295	528	716	1539

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

**Schaubild 2****Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, [http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export\\_values.php](http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php)

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm die Ukraine im Zeitraum von 2020 bis 2024 die erste Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein – von 2017 bis 2021 lag das Land noch an 72. Stelle. Während die Ukraine zwischen 2017 und 2021 auch lediglich 0,1 % der weltweiten Waffenimporte empfing (insgesamt in den fünf Jahren Importe im Wert von 163 Millionen TIV), waren es in der aktuellen Betrachtungsperiode 18 % der weltweiten Waffenimporte. Allein im Jahr 2022 importierte die Ukraine Waffensysteme im Wert von 2,8 Milliarden TIV; im Jahr 2023 dann 4,0 und 2024 sogar 5,2 Mrd. TIV. Seit der Eskalation zu einem flächendeckenden Krieg wurden somit um ein Vielfaches mehr Waffen geliefert als in den vorangegangenen fünf Jahren zusammen.

Die fünf wichtigsten Rüstungslieferanten der Ukraine von 2020 bis 2024 waren mit Abstand die USA (45 % aller Lieferungen), gefolgt von Deutschland (12 %), Polen (11 %), dem Vereinigte Königreich (4 %) und Frankreich (3 %). Seit 2022 lieferten aber insgesamt 35 Staaten sowie ein unbekannter Lieferant Waffensysteme an die Ukraine.

Das Land importierte bis zur russischen Invasion primär Klein- und Leichtwaffen, Munition und technisches Equipment bzw. Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern und Waffen. Seit der Annexion der Krim durch Russland (2014) und den daraus folgenden Spannungen standen die europäischen NATO-Staaten Waffenlieferungen in die Ukraine zunächst kritisch gegenüber, da dies durch Russland als Provokation aufgefasst werden könnte. Unterstützung erhielt der ukrainische Staat daher vor allem durch die USA, die der Ukraine Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär zusagten und zudem die Präsenz der US-Truppen in Osteuropa erweiterten. Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten. So wurde im Frühjahr 2015 bekannt, dass das ukrainische Militär dann doch mit Hilfe der NATO modernisiert und die Kooperation mit NATO-Truppen ausgebaut werden sollte.

Aktueller Hauptlieferant ist mit Abstand – wie auch bereits vor Kriegsausbruch – die **USA**, die seit Eskalation des Krieges im Jahr 2022 rund 45 Prozent der gesamten Güter lieferten oder entsprechende Zusagen gemacht haben. Angemerkt sei, dass ein erheblicher Teil der gelisteten Güter als Schenkungen überlassen wurden oder durch Drittstaaten finanziert wurden und es sich zumeist um gebrauchte Güter handelt. Darunter befanden sich bisher schätzungsweise rund

4.676 gepanzerte Mannschaftstransporter diverser Typen,  
 31 M-1A1 Abrams Kampfpanzer,  
 329 gebrauchte M-2A3 Bradley Schützenpanzer (Schenkungen),  
 18 M-60 AVLB Brückenlegepanzer,  
 8 M-88A2 HERCULES Bergepanzer,  
 30 Mörser,  
 255 gezogene Geschütze,  
 18 Selbstfahrlafetten und 12 selbstfahrende Mörser,  
 42.330 Panzerabwehrraketen (Javelin und BGM-71F TOW-2B),  
 2200 BVR-Raketen,  
 600 Kurzstrecken-Luft-Luft-Raketen,  
 725 Boden-Luft-Raketen sowie 3.250 tragbare Boden-Luft-Raketen,  
 1.000 Luft-Boden-Raketen,  
 650 Boden-Boden-Raketen,  
 7.000 Stück gelenkte Artilleriemunition,  
 32.900 präzisionsgelenkte Raketen,  
 770 ABM-Raketen,  
 3.000 gelenkte Gleitbomben  
 42 HIMARS-Raketenwerfer,  
 12 mobile Flugabwehrsysteme vom Typ Avenger,  
 drei Flugabwehrsysteme vom Typ I-HAWK, drei vom Typ Patriot Configuration-3 und zwei neuwertige NASAMS-2  
 insgesamt 21 Transporthubschrauber der Typen Mi-17 und S-70 Black Hawk,  
 5 Penguin, 30 ScanEagle und 2 V-BAT-128 -Drohnen  
 118 Mehrzweck-, Artillerieortungs- sowie Luftsuchradargeräte und  
 6.520 Loitering Munitions vom Typ Phoenix Ghost und 600 vom Typ Switchblade-600.

Auch von **Polens** Lieferungen ist ein Großteil als Schenkung übergeben worden oder wird teilweise durch EU-Mittel finanziert. Die Lieferungen Polens belaufen sich bisher auf:

- 334 Panzern (14 Leopard-2A4, 50 PT-91M und 270 T-72M1),
- 500 Schützenpanzern der Typen BMP-1 und AMV,
- 204 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 258 selbstfahrenden Geschützen (Typ Krab 155mm und 2S1 122mm)
- 11 Kampfhubschrauber (Typ Mi-24V/Mi-35),
- 14 Kampfflugzeugen (MiG-29S),
- 1.000 tragbaren Boden-Luft-Raketen (Piorun) sowie
- 8 Flugabwehrsysteme inkl. 360 entsprechender Boden-Luft-Raketen
- 300 Loitering Munitions vom Typ Warmate sowie
- 36 Mehrfachraketenwerfer

Auch von **Großbritanniens** Lieferungen ist ein Großteil als Schenkung übergeben worden oder wird teilweise durch EU-Mittel finanziert. Die Lieferungen Großbritanniens belaufen sich bisher auf:

- 783 gepanzerte Mannschaftstransporter diverser Typen,
- 2 Challenger ARRV Bergepanzer,
- 14 Challenger-2 Kampfpanzer,
- 48 Selbstfahrlafetten,
- 60 gezogene Geschütze,
- 350 Anti-Schiff-Raketen,
- 450 BVR-Raketen,
- 1105 Luft-Boden-Raketen,
- 820 Lenkraketen und 1500 Lenkbomben
- 200 Panzerabwehrraketen,
- 6 mobile Flugabwehrsysteme inkl. 1.900 Boden-Luft-Raketen,
- 6 Mehrfachraketenwerfer
- 3 Transporthubschrauber vom Typ Sea King HAR-3,
- sowie 2 Minenjagdboote, 4 Artillerieortungsradargeräte und 20 Loitering Munition

**Frankreich** lieferte seit 2022, ebenfalls Großteils als Schenkung und meist gebraucht:

- 80 Selbstfahrlafetten (CAESAR 155 mm)
- 6 gezogene Geschütze

4 Mehrfachraketenwerfer  
 14 leichte Helikopter und 5 Transporthelikopter  
 20 Patrouillenboote  
 378 gepanzerte Mannschaftstransporter und 56 gepanzerte Fahrzeuge  
 280 Panzerabwehrraketen  
 690 Boden-Luft-Raketen (bzw. davon 90 Storm Shadow)  
 3 Luftverteidigungssysteme und 75 Luftabwehrraketen sowie 100 tragbare Luftabwehrraketen  
 Zudem lieferte Frankreich ein Luftsuchradar und zehn Mörser.

Die nächstgrößeren Lieferanten im Zeitraum 2020 bis 2024 für die Ukraine waren **Tschechien, Kanada, Norwegen, die Slowakei** und die **Türkei** mit zusammen nochmals rund 10 % aller Lieferungen an die Ukraine. Zwischen 2022 und 2024 entfielen 13 % der weltweiten Waffeneinfuhren auf die Ukraine. Weiterführende Informationen zu wichtigen Lieferanten und entsprechender monetärer Werte der Militärhilfen bietet insb. auch der [Ukraine Support Tracker](#) des Kiel Institute for the World Economy.

## Militärausgaben

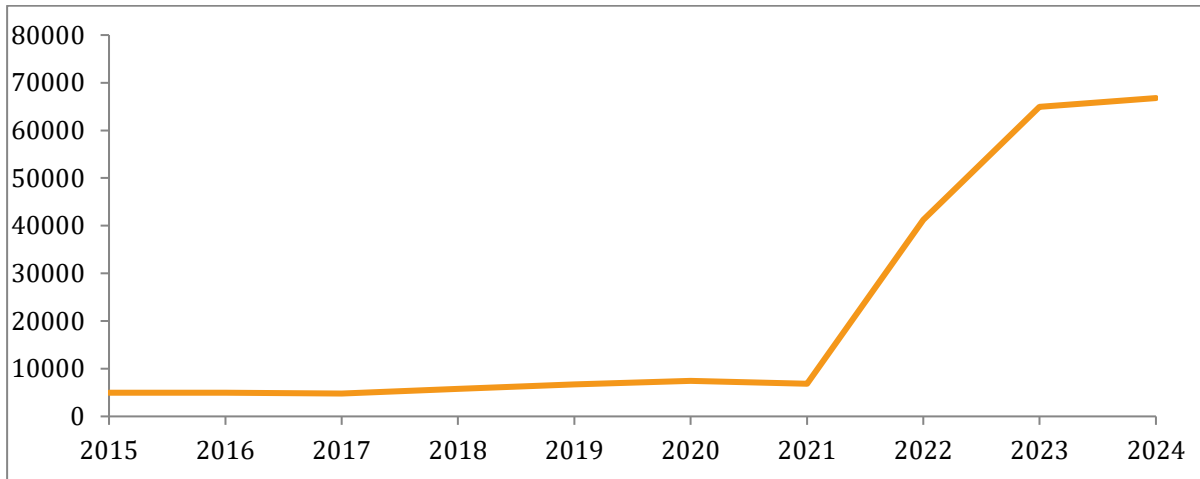
**Tabelle 5**  
**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	7436	6883	41205	64908	66784
Anteil am BIP (in Prozent)	4,4	3,4	25,6	36,5	34,5
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	9,6	8,5	39,2	49,1	54,0

*Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

Schaubild 3

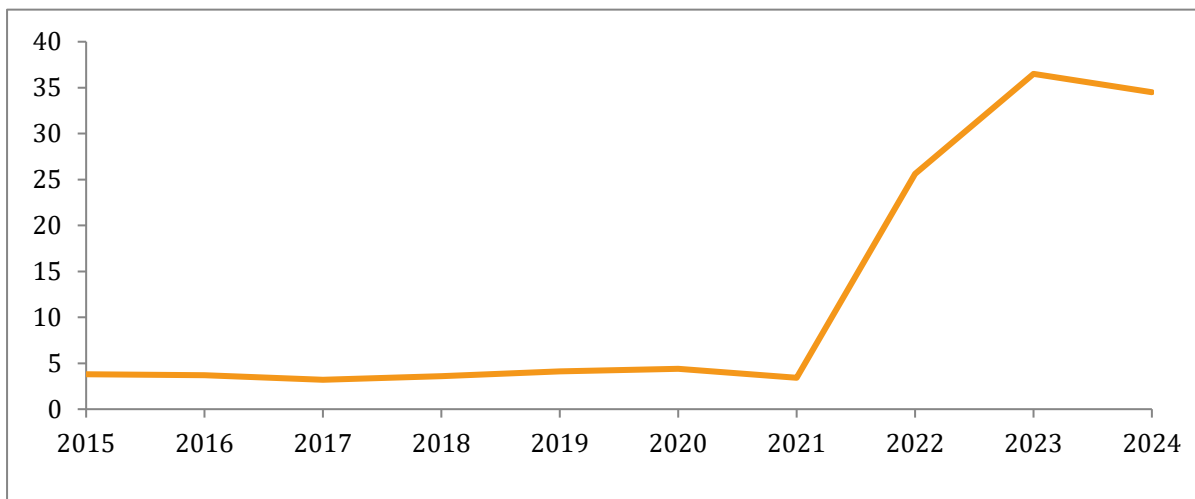
**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.  
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

Die Ukraine verfügte schon zur Zeit der Sowjetunion über eine beträchtliche Rüstungsindustrie. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erbte das Land etwa 25 bis 30 Prozent der gesamten sowjetischen Rüstungsindustrie. Neben selbst produzierten Rüstungsgütern und Waffen belieferte die Ukraine eine Reihe von Staaten mit alten sowjetischen Waffen, insbesondere Länder in Afrika und Asien. Ukrainische Rüstungsfirmen konnten sich zudem regelmäßig große Aufträge weltweit sichern, zeitweise belegte die Ukraine den 8. Platz der weltweiten Waffenexporteure. Dabei umfassten die Geschäfte neben der Lieferung von Militärgütern und -technik auch die Lieferungen von Teilen zur Endproduktion im jeweiligen Empfängerland sowie Wartungs- und Modernisierungsaufträge. Rüstungsexporte fallen laut Verfassung ins Aufgabenfeld des Staatsoberhauptes und gelten damit als Handlungsfeld der Außenpolitik.

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine Strategie zur Entwicklung der Rüstungsindustrie mit dem Ziel, erneut eigene komplette Produktionsketten für einige Waffensysteme aufzubauen. Damit wollte sie der Importabhängigkeit der Rüstungsindustrie begegnen. Auch wenn die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen aufweist, blieb gerade das Exportgeschäft lange ein wichtiger Stützpfeiler für einige Unternehmen. So profitierten bis zu dem aktuellen Krieg mit Russland ca. 40 Betriebe direkt vom Exportgeschäft. Rund 250 andere konnten dadurch hingegen kaum wirtschaftliche Fortschritte verbuchen. Aber auch die hohe Nachfrage der eigenen Armee, die auf eine gut aufgestellte heimische Rüstungsindustrie angewiesen war, trieb die Rüstungsproduktion an.

Ein weiteres Charakteristikum der ukrainischen Rüstungsindustrie war ihre enge Verknüpfung mit Russland, von dessen Zulieferungen sie weitgehend abhängig war. Aus diesem Grund hat selbst die proeuropäische Ausrichtung Kiews in den Jahren der orangenen Revolution an der intensiven russisch-ukrainischen Kooperation im militärisch-technischen Bereich nichts geändert. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den Konflikten in der Ostukraine brach die Rüstungskooperation, die rund die Hälfte der ukrainischen Rüstungsexporte ausmachte, jedoch weitestgehend zusammen. So startete Russland ein groß angelegtes Programm, um ukrainische Produkte zu ersetzen. Bereits angelaufene Projekte wurden zum Teil zwar offiziell noch fortgeführt, jedoch wurden diese zumeist faktisch gestoppt oder verzögert, was auch durch die Suche nach alternativen Kooperationspartnern durch die Ukraine unterstrichen wurde. Zwar stoppte die staatliche Rüstungsgesellschaft Ukroboronprom nach der Annexion der Krim sämtliche Lieferungen nach Russland, private Unternehmen aus der Ukraine sollen teilweise aber weiterhin die russische Armee und Rüstungskonzerne beliefert haben. Im Osten der Ukraine befinden sich zudem einige der bedeutendsten Zuliefererbetriebe der russischen Rüstungsindustrie. Bereits im Dezember 2014 wurde bekannt, dass auf ukrainischer Seite ca. 30.000 russische Produkte ersetzt werden mussten. 2019 war der im Jahr 2010 gegründete ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom daher bspw. noch immer nicht in der Lage, den T-84 Oplot-Panzer zu liefern. Seit 2022 wurde der Panzer jedoch überarbeitet und die Komponenten konnten ersetzt werden.

Bereits im Oktober 2013 gab der im Jahr 2010 gegründete ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom den Beginn eines großangelegten Restrukturierungsprogramms bekannt, wodurch zumindest ein Teil der Missstände innerhalb der ukrainischen Rüstungsindustrie be-

hoben werden sollte. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum endgültigen Vertrieb staatlich zu steuern. Dadurch sollte die ukrainische Rüstungsindustrie auch für gemeinsame Projekte mit anderen Staaten gestärkt werden. Der Umstrukturierungsprozess dauert noch an. So wurde Ukroboronprom 2021 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im März 2023 zu „Ukrainian Defense Industry“ umbenannt. Der Konzern umfasste laut Jahresbericht 2020 137 Unternehmen und beschäftigte etwa 66.000 Mitarbeiter:innen. Die Tochterunternehmen betätigen sich in den Bereichen der Luftfahrt, im Schiffs- und Panzerbau, im Bereich der Kommunikationstechnologie, Munitions- und Chemieproduktion sowie im Bereich der Hochpräzisionswaffen. 21 Unternehmen befanden sich bereits im Jahr 2020 in den durch Russland besetzten Gebieten – derzeit dürften es daher nochmals einige Unternehmen mehr sein. Größtes Unternehmen des Konzerns war bislang die Tochtergesellschaft Ukrspetsekспорт, welche den Im- und Export koordinierte.

Insgesamt sind etwa 90 Prozent der ukrainischen Rüstungsbetriebe Staatseigentum. Unklare Eigentumsverhältnisse (verschiedene Ministerien) und das Fehlen eines zentralen Koordinationsgremiums hatte jedoch erhebliche negative Einflüsse auf die Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten. Im Jahr 2020 Versuchte daher die Regierung mit der Gründung des „Ministeriums für strategische Industrien“ die Koordination des Restrukturierungsprozesses zu verbessern und das Beschaffungswesen zu modernisieren. Seitdem wurde Ukroboronprom nicht mehr direkt vom Kabinett, sondern dem genannten Ministerium verwaltet. Topmanager werden zudem von einem Nominierungskomitee ernannt, in dem seit Neustem auch deutsche, französische und britische Botschaftsvertreter:innen be sitzen. Damit soll eine gute Unternehmensführung demonstriert, Vertrauen geschaffen und die Attraktivität für internationale Rüstungskoperationen erhöht werden. Im Juli 2025 wurde das Ministerium allerdings mit dem Verteidigungsministerium zusammengelegt.

Auf die Invasion wurde seitens der Industrie zunächst mit einer Dezentralisierung reagiert. Produktionsanlagen, die verlegt werden konnten, sollen über dem ukrainischen Territorium und Nachbarländer verteilt worden sein, was die Logistik und damit die Kosten der Güter jedoch verteuerte. Zudem mussten vermehrt wieder Güter hergestellt werden (wie spezielle Munitionstypen), die seit 20 bis 30 Jahren nicht mehr produziert wurden. Nach Aussagen aus dem Berater:innenkreis des ukrainischen Präsidenten soll die ukrainische Rüstungsindustrie zu Beginn der russischen Invasion zugleich unter Beschuss genommen und zu großen Teilen zerstört worden sein. Nach einer Studie des Institutes for the Study of War (ISW) schaffte es die Ukraine jedoch trotz dieser Zerstörungen im Jahr 2024 ein höheres Produktionsvolumen als vor der Invasion zu erreichen. Der ehemalige Minister für strategische Industrien, Herman Smetanin, gab sogar an, der Wert der Produktionskapazität habe sich von einer Milliarde US-Dollar zu Beginn des Krieges auf 35 Mrd. im Jahr 2024 erhöht.

Produziert werden vor allem diverse Munitionstypen wie Mörsergranaten unterschiedlicher Kaliber, Raketen für Mehrfachraketenwerfer, Artilleriemunition aber auch gepanzerte Truppentransporter und diverse Drohnen. In vielen dieser Bereiche stiegen die Zahl der produzierenden Unternehmen als auch die Anzahl der produzierten Systeme um ein Vielfaches. Nach Angaben des ISW produzierten etwa 2022 35 ukrainische Unternehmen Drohnen. Bis Ende Oktober 2023 stieg diese Zahl auf über 200 an, welche 50.000 Drohnen für das Militär produzierten. Erklärtes Ziel der ukrainischen Regierung ist es diese Zahl 2024 auf 83.000 pro Monat und damit auf eine Millionen Drohnen im Jahr zu steigern. Von 2023 auf 2024 wurden zudem die Produktion von Mörser- und Artilleriemunition (von 60 bis 155 mm) von einer Million auf 2,5 Millionen jährlich gesteigert.

Diverse internationale Rüstungsunternehmen kündigten in den vergangenen Jahren an, Joint Ventures mit ukrainischen Unternehmen einzugehen bzw. Produktionsstätten in der Ukraine aufbauen zu wollen. So gründeten an deutschen Unternehmen insb. die Rheinmetall Landsysteme GmbH und Ukrainian Defense Industry JSC (UDI, ehemals Ukroboronprom) im Oktober 2023 die Rheinmetall Ukrainian Defense Industry LLC, ein Joint Venture zur Wartung, Produktion und Entwicklung militärischer Fahrzeuge. Gewartet werden sollen dabei von Rheinmetall produzierte Fahrzeuge, die durch Deutschland direkt oder über einen Ringtausch an die Ukraine geliefert wurden. Perspektivisch sollen aber auch ausgewählte Fahrzeuge aus der Produktpalette des deutschen Unternehmens in der Ukraine produziert werden: Im Gespräch waren hier zuletzt der von Rheinmetall entwickelte Kampfpanzer Panther und der Schützenpanzer Lynx. An deutschen Unternehmen kündigten außerdem MBDA (im Bereich Luftverteidigung), Diehl (ebenfalls Luftverteidigung), Helsing AI sowie Quantum Systems (Drohnen) und Dynamit Nobel Defence (v. a. Panzerabwehrwaffen) Kooperationen mit ukrainischen Unternehmen an. Während in einigen Fällen bereits konkrete Niederlassungen in der Ukraine geplant sind, handelt es sich in anderen bislang lediglich um Absichtserklärungen oder um Beteiligungen ukrainischer Unternehmen an im Ausland angesiedelten Werken. Die Flensburg Fahrzeugbau Gesellschaft baut bspw. eine Niederlassung direkt in der Ukraine zur Wartung und Reparatur von Fahrzeugen.

Im Juni 2024 kündigte auch das französische Unternehmen Thales ein Joint Venture an. Ziel ist die Lieferung und der Betrieb verschiedener Waffensysteme – allen voran elektronische Kampfführungssysteme, taktische Kommunikationsausrüstung, Luftverteidigungssysteme und Radare – an die Ukraine. Thales erklärte zudem mit dem ukrainischen Drohnenhersteller FRDM zusammenarbeiten zu wollen, um gemeinsam ein unbemanntes Flugsystem zu entwickeln und herzustellen. Der US-amerikanische Rüstungsgigant Northrop Grumman plant für die Zukunft die Produktion von Mittelkalibermunition in der Ukraine. Produziert werden sollen vor allem Panzermunition und 155mm-Artilleriegranaten. Ähnlich eröffnete 2024 auch der Deutsch-Französische Mischkonzern KNDS eine Tochtergesellschaft in der Ukraine, die insbesondere Munition produzieren und westliche Großwaffen-Landsysteme warten soll. Darüber hinaus kündigten das britische BAE-Systems, das türkische Baykar, AeroVironmont und viele weitere internationale Unternehmen enge Kooperationen mit der Ukraine an.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Heer, Luftwaffe 18 Monate; Marine 2 Jahre. Mindestalter von 27 Jahren im Jahr 2024 auf 25 reduziert.

### Box 1

#### **Gesamtstärke der Streitkräfte**

730.000 aktiv, davon:

Heer: 500.000

Marine: 40.000

Luftwaffe: 35.000

Luftlandetruppen: 45.000  
 Spezialeinheiten: 5.000  
 Territoriale Verteidigung: 100.000  
 Drohnenflotte: 5.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 260.000, davon:  
 Nationalgarde: ca. 100.000  
 Grenzschutz: ca. 60.000  
 Nationalpolizei: ca. 100.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

**Tabelle 6**  
**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	204	204	209	209	209	196,6	688	800,2	730
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	4,5	4,5	4,6	4,6	4,7	4,4	16,8	21,2	19,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Notwendigkeit eines Umbaus der ukrainischen Streitkräfte deutlich. So waren die ukrainischen Streitkräfte, ähnlich wie andere Armeen in Nachbarländern, von einem Missverhältnis zwischen der Anzahl hoher Offizier:innen und Mannschaften geprägt. Im Jahr 2004 etwa kamen auf eine:n Offizier:in 2,6 Mannschaftsdienstgrade, während das Verhältnis in modernen Armeen etwa das Doppelte beträgt. Professionalisierung und Effizienzsteigerung waren ein zentrales Ziel der Militärreform und des Umbaus der Streitkräfte. Aus diesem Grund wurde eine Phase der Transformation eingeleitet, welche eine Reduzierung der Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 Soldat:innen vorsah. Doch auch wenn in vielen Bereichen der Versuch unternommen wurde, westliche bzw. NATO-Standards zu etablieren, war das strukturelle Erbe der Sowjetunion allgegenwärtig. Eine umfassende und weitreichende Reform wurde dadurch erheblich erschwert. 2021 konnten mit einer neuen „Military Security Strategy“, in welcher der Interoperabilität mit der NATO höchste Priorität eingeräumt wurde, jedoch einige Reformationen umgesetzt werden. So etwa die Trennung der Posten des Generalstabschefs von dem des:der Oberbefehlshaber:in und die Schaffung mehrerer neuer Kommandos (wie etwa eines Joint Forces Command). Im Jahr 2020 wurden bereits zudem drei neue Reservekomponenten geschaffen (eine operative, eine Mobilisierungs- und eine zivile Reserve).

Die Verkleinerung der Streitkräfte wurde in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 vorerst gestoppt und die Wehrpflicht wieder eingeführt (mittlerweile ab 25 Jahren). Zudem wurden im Vorfeld des Krieges im Juli 2021 mit dem Gesetz

"Über die Grundlagen des nationalen Widerstands" die Schaffung von sog. Territorial Defence Forces (TDF)– Territorialverteidigungskräften – beschlossen, welche die regulären Streitkräfte und die Nationalgarde unterstützen sollten. Die Aufgaben beschränkten sich ursprünglich auf Tätigkeiten im rückwärtigen Gebiet und umfassten die Bemannung von Checkpoints, die Verhinderung von Sabotage und den Schutz von Infrastruktur. Mit dem russischen Angriff 2022 weiteten sich sowohl die Aufgaben als auch der Umfang dieser Truppen teils massiv aus. Ursprünglich auf 11.000 Freiwillige beschränkt, wuchsen diese in den ersten Kriegsmonaten massiv an. Heute umfassen sie laut Military Balance etwa 100.000 Kämpfer:innen. Zu Beginn des Krieges sahen sich vor allem grenznahe Territorialverteidigungskräfte schnell in der Rolle von regulären Einheiten wieder. So spielten TDF eine wesentliche Rolle bei der Verteidigung in Charkiw, Sumy und Tschernihiw. Den Territorialverteidigungskräften untergeordnet ist die International Legion of Territorial Defence of Ukraine – eine Freiwilligeneinheit, auf Anordnung von Präsident Selenskyj im Februar 2022 gegründet wurde und aus internationalen Freiwilligen besteht. Der Umfang dieser internationalen Legion ist umstritten. Während die ukrainische Regierung in den ersten Kriegsmonaten häufig einen Umfang von 20.000 Freiwilligen verkündete, liegt die Zahl wahrscheinlich eher im vierstelligen Bereich. Offiziell umfasst die internationale Legion eine Reihe von Einheiten, die von Exilrussen gegründet wurden und innerhalb der TDF zumindest eine recht hohe Autonomie genießen: So unternahmen Einheiten wie die Freedom of Russia Legion, das Russian Volunteer Corps oder das Sibir Battalion zum Teil eigenständig Angriffe auf russisches Territorium für die die ukrainische Regierung keine Verantwortung übernahm. Nach eigenen Angaben umfassen diese Einheiten – wie im Falle der Freedom of Russia Legion – zum Teil mehr als 1.000 Kämpfer:innen. Derweil wurde die International League aber den Landstreitkräften unterstellt.

Mit der allgemeinen Mobilisierung wurde die Ausreise für 18 bis 60-jährige Männer verboten und Frauen im gleichen Alter, die bestimmte Berufe ausüben, mussten sich ebenfalls zum Militärdienst melden. Mit dem 2024 verabschiedeten neuen Wehrgesetz reagierte die ukrainische Regierung auf die anhaltenden Mobilisierungsprobleme. So sind seit 2025 alle Männer ab 18 Jahren verpflichtet einen Grundwehrdienst zu absolvieren. Zudem wurde das Alter, ab dem Angehörige des Militärs in den Kriegseinsatz geschickt werden dürfen von 27 auf 25 Jahre gesenkt. Unter 25-jährige dürfen sich freiwillig zum Dienst melden, allerdings nach wie vor nicht eingezogen werden. Der Wehrdienst wurde überdies auf insgesamt drei Jahre (vorher 18 Monate) verlängert, enthält dafür aber Ansprüche auf eine Rotation der Einsatzbereiche und Urlaub. Während nach Angaben des IISS im Jahr 2024 keine offizielle Reserve mehr bestanden haben soll, sollen junge Menschen, welche seit Kriegsbeginn im aktiven Dienst standen, Medienberichten zufolge, für mindestens ein volles Jahr in die Reserve wechseln dürfen.

Seit der Invasion wurden die bis dahin zu großen Anteilen mit veralteten Waffensystemen ausgestatteten Streitkräfte um eine Vielzahl moderner Systeme ergänzt. Zudem unterstützten die verbündeten Länder die Ukraine auch in Sachen Ausbildung; sowohl an den Geräten als auch an Grundausbildung und Kampf- und Führungsfähigkeiten. Da die Ukraine derzeit Lieferungen aus sehr vielen verschiedenen Ländern erhält sind die genutzten Systeme sehr vielfältig. Die vom IISS herausgegebenen Daten zu Ausrüstung und Streitkräften sind aufgrund der volatilen Situation also mit Vorsicht zu genießen. In Hinblick auf die Personalstärke des Militärs verweist das IISS darauf, dass die genauen Daten unklar sind. Das IISS gibt derzeit, bzw. für das Jahr 2024, eine Stärke von etwa 730.000 Soldat:innen an. Ende 2023 war für

die Streitkräfte noch eine Stärke von 800.000 Personen angegeben worden. Es ist jedoch unklar, ob sich diese Zahlen auf eine mandatierte Gesamtzahl oder einen tatsächlichen Personalstand beziehen.

## Bewaffnung der Streitkräfte

**Tabelle 7**

### *Heer*

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1.146	
Schützenpanzer	1.813	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	2.187	
Aufklärer	193	
Gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge	Einige	
Bergepanzer	Mehr als 44	
Brückenlegepanzer	Mehr als 27	
Pionierpanzer	Mehr als 108	
Artillerie	1.857	714 selbstfahrende und 534 gezogene Artilleriegeräte, 258 Mehrfachraketenwerfer und mehr als 342 Mörser
Panzerabwehr	Einige	
Luftabwehr	Mehr als 91	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Geschütze (u. a. ZSU-23-4 Shilka, S-60)
Kampfhubschrauber	Ca. 46	
Transporthubschrauber	Ca. 12	
Mehrzweckhubschrauber	17	
Loitering Munitions	Einige	
Drohnen	Einige	Kampf- und Aufklärungsdrohnen
Raketen	Einige	SS-21 Scarab, zusätzlich einige Luft-Luft-, Luft-Boden- und Boden-Luft-Raketen ( <i>Barrier-V</i> )

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Kommentar

Die ukrainische Armee war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren haben jedoch die Qualität des Geräts verbessern können. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Geplant war u. a. die alternden T-72 Panzer durch moderne T-84 Panzer – Modernisierungen des T-80 – zu ersetzen. Ende 2014 gab die Regierung bekannt, dass sie Gespräche mit Polen führe, in denen es außerdem um einen Ersatz für die schwimmfähigen BMP-1-Schützenpanzer ging. Zwischen 2018 und 2020 lieferte Tschechien hiervon 87 gebrauchte Modelle. Im Juli 2015 erhielt das ukrainische Militär acht modernisierte T-80 Kampfpanzer, die in der Ostukraine eingesetzt werden sollten. In den Jahren 2017 und 2019 lieferte das staatseigenen Unternehmen UkrOboronProm überdies eine unbestimmte Anzahl modernisierter T-80 Panzer an die eigenen Streitkräfte. Die Armeeführung gab 2019 außerdem bekannt, dass die Aufrüstung einiger T-80 Panzer auf den T-84-Standard im gleichen Jahr begonnen werden sollte, was sich aufgrund fehlender russischer Komponenten jedoch als problematisch erwies.

Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften wird das Heer bei der Entwicklung neuer Waffensysteme bevorzugt, um es an die Anforderungen moderner Kriegsführung anpassen zu können. Um das Ziel der Anschlussfähigkeit an und Interoperabilität mit anderen NATO-Streitkräften zu erreichen, steigerte die Regierung die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren bereits um rund 200 Prozent. Seit Eskalation des Konfliktes haben sie sich noch einmal fast verzehnfacht.

Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Verstärkung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert (2014 bis 2021 für rund 2,7 Mrd. US-Dollar). Im Jahr 2022 sollen die USA zudem Militärhilfe im Wert 38 Milliarden Dollar geleistet (oder zugesichert) haben. Mit der Invasion begannen aber auch mehr als 30 weitere Staaten Waffen, Munition und Rüstungsgüter zu liefern (siehe Kommentar zu den [Waffenkäufen](#)).

Zu Beginn der russischen Invasion verloren die ukrainischen Landstreitkräfte bis Ende 2022 nach Angaben des IISS extrem viel Material (bspw. rund 1.050 Hauptkampfpanzer weniger als 2021). Seither konnten sie demnach aber die Bestände der meisten Landwaffensysteme – auch der Kampfpanzer – wieder deutlich erhöhen. So lagen die Bestände fast aller Waffensysteme des Heeres (bis auf Aufklärer und Transporthubschrauber) im Jahr 2024 nach Angaben des IISS deutlich über denen des Jahres 2021. Zudem sind viele genutzte Waffensysteme deutlich moderner.

Tabelle 8

**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	15	Einige weitere sind seit der Krim-Annexion in russischem Besitz
Minenspürboote	2	
Logistik und Unterstützung	8	
Unbemannte maritime Systeme	Einige	Kherson, Magura V5, Toloka (Über- sowie Unterwasserdrohnen)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

**Box 2****Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

*2 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (zurzeit nicht einsatzfähig)*

*2 Transportflugzeuge (eingelagert)*

*Mehr als 2 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr*

*3 Transporthubschrauber*

*1 Ausbildungshubschrauber*

*Einige Drohnen (kampffähig)*

*Marineinfanterie:*

*Einige schwere Panzer*

*Einige Schützenpanzer*

*Mehr als 43 gepanzerte Mannschaftstransporter*

*Einige Artilleriegeschütze (gezogene und selbstfahrende sowie Mehrfachraketenwerfer)*

*Einige Panzerabwehrgeschütze*

*Einige Luftabwehrgeschütze*

*Küstenschutz:*

*Einige Schiffsabwehrraketen*

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

**Kommentar**

Die ukrainische Marine ist mit Abstand die kleinste Teilstreitkraft innerhalb der Armee. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft sowohl bei der Küstenverteidigung, bei Unterstützungsaufgaben und bei Kampfeinsätzen im Rahmen multinationaler und NATO-geführter Missionen begrenzt demonstriert. Viele Schiffe waren jedoch aufgrund ihres allgemein schlechten Zu-

stands kaum zu nutzen. Wie beim Heer stammte auch bei der Marine die Ausrüstung größtenteils aus Zeiten der Sowjetunion; die meisten Schiffe wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut, einige wenige Schiffe in den 1990er Jahren. Bereits ein Bericht über den technischen Zustand der Schiffe aus dem Jahr 2005 kam zu dem Schluss, dass fast alle generalüberholt und modernisiert werden müssten. Seither gab es nur eine relativ überschaubare Anzahl an Neuanschaffungen, wie eine 2009 beschaffte Korvette. Im Zuge der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 wurde allerdings ein großer Teil der Ausstattung der ukrainischen Marine durch russische Truppen beschlagnahmt, darunter unter anderem 20-25 Schiffe. Nur einige dieser beschlagnahmten Schiffe wurden später zurückgegeben.

Pläne der Regierung die Marine zu stärken, sehen vor langfristig Schiffe für die Flotten im eigenen Land zu produzieren und mit modernerer Technik aus dem Ausland auszustatten, um sie damit auf NATO-Standard zu bringen. Seit 2018 wurden daher bspw. fünf gebrauchte Patrouillenboote (Island) aus den USA importiert, 2022 außerdem zwei gebrauchte Minenjagdboote (Sandown) aus Großbritannien. Derzeit werden zudem 20 neuwertige FPB-98 Patrouillenboote aus Frankreich importiert (bisher 17 von 20 ausgeliefert, teilweise in Lizenz in der Ukraine produziert). Derzeit stehen außerdem noch zwei türkische MilGem Fregatten sowie fünf gebrauchte Minenabwehrschiffe, zwei aus den Niederlanden und drei aus Belgien, zur Lieferung aus. Im Jahr 2020 genehmigte das US-Außenministerium zudem den Verkauf von 16 Mark VI Patrouillenbooten im Wert von 600 Millionen US-Dollar. Dieser umfasst neben besagten Booten auch verschiedene Waffen, Sensoren und Kommunikationsgeräte für diese. Die SIPRI-Datenbank listet derzeit allerdings nur eine Bestellung über acht Boote im Wert von 100 Mio. Dollar, die ab 2026 geliefert werden sollen.

In Ermangelung an einer herkömmlichen Marine mit bemannten Hauptkampfschiffen (derzeit sind keine Fregatte, keine Korvette und kein amphibisches Angriffsfahrzeug in Dienst) setzte die ukrainische Marine seit Ausbruch des Krieges 2022 vermehrt auf unbemannte Systeme. Im August 2023 gab Präsident Zelensky die Gründung einer neuen Marineeinheit – der 385. Brigade – bekannt, die ausschließlich zum Einsatz unbemannter Seedrohnen bestimmt ist. Zudem erklärte Ukraines stellvertretender Ministerpräsident Mikhail Fyodorov 2023, dass die Ukraine die Serienproduktion unbemannter Seedrohnen begonnen habe. Wie viele dieser Systeme derzeit im Einsatz sind ist nicht bekannt.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	Ca. 43	
Erdkampfflugzeuge	Ca. 15	
Aufklärungsflugzeuge	Ca. 11	Davon ca. 8 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Ca. 27	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	29	Davon 7 nicht einsatzfähig
Hubschrauber (Command & Control)	Mehr als 2	
Mehrzweckhubschrauber	17	
Transporthubschrauber	24	
Luftabwehr	321	
Raketen	Einige	
Drohnen	Einige	u. a. kampffähige (Bayraktar TB2)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

### Box 3

#### Weitere Luftwaffeneinheiten

*Luftlandetruppen:*

*Mehr als 12 schwere Panzer*

*Einige Schützenpanzer*

*Mehr als 643 gepanzerte Mannschaftstransporter*

*Einige NBC-Abwehrfahrzeuge*

*Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge*

*Einige tragbare Panzerabwehrraketen*

*Einige Artilleriegeschütze, Mehrfachraketenwerfer und Mörser*

*Einige Luftabwehrgeschütze und -raketen*

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

#### Kommentar

Wie auch die anderen Teilstreitkräfte verfügte die Luftwaffe über größtenteils ehemaliges sowjetisches Kriegsgerät. Die Modernisierung eines Teils der Luftwaffe wurde von einem stetigen Abbau der allgemeinen Kapazitäten begleitet. Über die genaue Anzahl der Flugzeuge gibt es unterschiedliche Angaben. Frühere Berichte gingen von etwa 800 Flugzeugen aus. Im Jahr 2006 begannen umfangreiche Maßnahmen, alte Flugzeuge außer Betrieb zu nehmen und mit den freigesetzten Ressourcen durch Einsparungen bei Instandhaltung die Luftabwehr und die Kommunikationsausrüstung zu modernisieren. Bereits ein Jahr zuvor verabschiedete die Regierung einen Plan, die veraltete Flotte der Kampfflugzeuge mit neueren Modellen zu ersetzen oder ein neues eigenes Kampfflugzeug zu entwickeln. Seit 2014 hat die ukrainische Luftwaffe aber auch mehrere Flugzeuge und Hubschrauber in den Kämpfen im

Donbass verloren. 2021 befanden sich etwa noch 124 kampffähige Flugzeuge im Einsatz – im Jahr 2024 sollen es nur noch rund 66 gewesen sein.

Allerdings erhielt die Ukraine insb. seit 2022 auch eine ganze Reihe von Luftfahrzeugen und Drohnen. Kroatien übergab bspw. insgesamt 14 gebrauchte Mi-8- und Mi-17-Transporthubschrauber sowie zwei gebrauchte An-32-Transportflugzeuge, Tschechien stellte acht gebrauchte Mi-24-Kampfhubschrauber sowie 22 neuwertige One-150-Drohnen bereit, die teilweise von Deutschland und Luxemburg finanziert wurden. Dänemark, die Niederlande und Norwegen sagten die Lieferung von F-16C-Kampfflugzeugen zu (Dänemark 19, die Niederlande 24, Norwegen bislang sechs; alle gebraucht). Hiervon sollen bis Ende 2024 laut SIPRI etwa 26 in der Ukraine eingetroffen sein. Zudem lieferten insb. Frankreich, Lettland, Portugal, die Slowakei, Großbritannien, USA und weitere Staaten Transporthelikopter verschiedener Typen, Polen und die Slowakei weitere gebrauchte Kampfflugzeuge (insgesamt 27 MiG-29) und vor allem die Türkei kampffähige Drohnen (schätzungsweise 80 Bayraktar TB2, wobei diese auch mittlerweile direkt in der Ukraine in Lizenz gebaut werden).

Wichtige ausstehende Lieferungen sind insb. die weiteren F-16 von denen insgesamt 80, u. a. auch aus Belgien, geliefert werden sollen. Schweden kündigte zudem 2024 an zwei Saab 340 AEW&C (Airborne Early Warning and Control) Flugzeuge an die Ukraine abgeben zu wollen. Zusammen würden diese Flugzeuge die ukrainischen Fähigkeiten verbessern, den eigenen Luftraum zu sichern. Derzeit werden weiterhin ukrainische Pilot:innen und Service-Techniker:innen an den F16 geschult.

#### **Box 4**

##### ***Paramilitärische Einheiten***

###### *Nationalgarde:*

*Einige schwere Panzer*

*Einige Schützenpanzer*

*Einige gepanzerte Mannschaftstransporter*

*Einige Panzerabwehrraketen*

*Artillerie- und Luftabwehrgeschütze und -raketen*

*24 Transportflugzeuge*

*14 Transporthubschrauber*

###### *Grenzschutz:*

*Einige gepanzerte Mannschaftstransporter*

*Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge*

*3 Luftverteidigungsgeschütze*

###### *Maritimer Grenzschutz:*

*21 Patrouillenboote*

*1 Logistik- und Unterstützungsschiff*

*Einige Transportflugzeuge*

*Einige Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr*

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Box 5

### Peacekeeping

Die Ukraine beteiligt sich derzeit an keinen Peacekeeping-Missionen mehr.

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war als fester Bestandteil in die Gesellschaft integriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es zu umfassenden und weitreichenden finanziellen Kürzungen, wodurch sich viele Soldat:innen mit einer völlig neuen sozialen Realität konfrontiert sahen. Der Staat stand vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine ukrainische Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen sollte. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates zu nutzen. Damit einhergehend sollte innerhalb der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Aufgaben des Militärs geschaffen und seine Akzeptanz, die durch einen zeitweisen Prestige- und Autoritätsverlust stark eingeschränkt war, erhöht werden. Erschwert wurde dieses Anliegen durch soziale Probleme, wie ein zu niedriger Sold, sowie die desolate Wohnungsverhältnisse für viele Militärangehörige und ihre Familien. Bis Anfang 2008 hatten immer noch mehr als 50.000 Militärs keine Wohnung. Für die Folgen dieser Missstände, sowie Alkoholismus, Befehlsverweigerung oder Korruption, hatte die politische Führung noch keine umfassende Lösung gefunden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes war lange Zeit die Wehrpflicht. Innerhalb der Gesellschaft herrschte die Ansicht, dass die Armee die Soldat:innen nicht ausreichend trainiert und ausbildet, bedingt durch die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte. Doch nicht nur die schlechte Bezahlung hielt viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Viele Ukrainer:innen sahen das Militär nicht mehr als Institution, die Werte und „patriotische Pflichten“ vermittelt. Die Wehrpflicht wurde deshalb 2013 abgeschafft, in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 jedoch wieder eingeführt. Der Staat hatte, trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen (z. B. bzgl. Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige), jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften.

Dies änderte sich mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 zunächst dramatisch, da sich in den ersten Kriegswochen tausende Ukrainer:innen freiwillig zur Landesverteidigung in den Streitkräften bzw. den Kräften der Territorialverteidigung meldeten und die Regierung ein Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren verhängte und diese teils nach Bedarf einzog. Eine flächendeckende gesellschaftliche Mobilisierung blieb, trotz der Ausrufung der allgemeinen Mobilisierung, bisher aus. Um zunehmenden Mobilisierungsproblemen zu begegnen wurde 2024 das Wehrgesetz geändert und das Mobilisierungsalter von 27 auf 25 Jahre reduziert. Männer ab 18 sind zudem nun zu einem Grundwehrdienst verpflichtet, dürfen aber nach wie vor nicht eingezogen werden. 18 bis 25-jährige dürfen sich

aber freiwillig zum Dienst melden. Ursprünglich geplante Bestimmungen, wonach Soldat:innen nach drei Jahren aktivem Kampfeinsatz entlassen werden sollten, haben letztlich keinen Eingang gefunden, was auf breite Kritik stieß. Zudem stellen Botschaften im Ausland fortan keine Ausweisdokumente mehr aus, so dass dort lebende Männer gezwungen sind, wieder ins Land einzureisen, von wo sie dann nicht mehr ausreisen dürfen. Der ukrainische Geheimdienst schloss zudem zuletzt mehrere Telegramm-Kanäle und verhaftete ihre Betreiber:innen, die über Möglichkeiten zur Umgehung der Rekrutierung informierten. Kriegsdienstverweigerern droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, teilweise werden sie in der Öffentlichkeit von „Wehrpflichtpatrouillen“ aufgegriffen und gewaltsam in Gewahrsam genommen. Die ukrainische Armee rekrutiert kaum Frauen. Der Anteil der Frauen an den Streitkräften beträgt derzeit rund 7 - 9 Prozent. Januar 2024 sollen fast 67.000 Frauen in den Streitkräften gedient haben, etwa 4.000 Frauen sind an der Front eingesetzt. Grund für geringe Eintritte von Frauen sind unter anderem unzureichende Strukturen (Passformen von Ausrüstungen; fehlende spezifische Schulungen, fehlende Melde- und Schutzsysteme für Übergriffe etc.).

Einer Gallup-Umfrage vom Juli 2025 zufolge ist die Unterstützung für den Krieg bereits 2024, ziemlich deutlich aber im Jahr 2025 in allen Teilen der Gesellschaft eingebrochen. Nur noch 24 % der Befragten stimmen noch der Aussage zu, die Ukraine solle bis zum Sieg weiterkämpfen – 69 % präferieren hingegen mittlerweile eine Verhandlungslösung. Damit haben sich die Zustimmungswerte im Vergleich zu 2022 nahezu ins Gegenteil verkehrt (73 % zu 22 %). Das Militär an sich genießt aber weiterhin ein sehr hohes Ansehen: 90 % der Befragten geben an, Vertrauen in die Streitkräfte zu haben. 2015 lag dieser Wert noch bei 47 %, erreichte aber bereits 2023 mit 95 % seinen Höchstwert.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	3,6	3,7	3,2	8,5	8,8

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die unter anderem für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die Polizei (ehemals „militsiya“, seit Reformen 2015 in Reaktion auf den Euromaidan allerdings durch die „Nationalpolizei“ ersetzt) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten, u.a. eine Kriminalpolizei, eine „patrol-police“ (Streifenpolizei für öffentliche Ordnung), Spezialeinheiten der Polizei sowie schnelle Eingreiftruppen (bspw. für Geiselnahmen) und Pre-Trial Investigative Service (u. a. für Steuervergehen). 2024 soll sie rund 100.000 Mitarbeiter:innen gehabt

haben. Trotz der Post-Euromaidan-Reformen gilt die Polizei weiterhin als korrupt und genießt deutlich geringeres Vertrauen als die Streitkräfte. Daten des World Value Survey (Befragungswelle 2017 – 2022) zufolge geben 38 % der Befragten an, nicht viel Vertrauen, bzw. überhaupt kein Vertrauen (21 %) in die Polizei zu haben. Allein im Jahr 2020 wurden noch 64 Fälle von schweren Verbrechen durch Polizist:innen dokumentiert – unter anderem Folter, Vergewaltigung und Mord.

Daneben existierten – ebenfalls bis zur Post-Maidan-Reform – sog. „interne Truppen“ (VV – Vnutrisni Viys'ka Ukrayiny), die zwar militärisch organisiert waren, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstanden. Auch diese wurden 2015 aufgelöst und durch die Nationalgarde ersetzt. Diese umfasste 2024 ebenfalls rund 100.000 Personen, untersteht ebenfalls dem Innenministerium, ist auch weiterhin militärisch organisiert und in fünf territoriale Kommandos unterteilt. Sie gilt in Kriegszeiten als militärisch mobilisierbare Einheit, hat für gewöhnlich aber Strafverfolgungsbefugnisse und geht u. a. gegen Bandenkriminalität oder paramilitärische bewaffnete Gruppen vor und hat auch den Grenzschutz sowie den Schutz kritischer Infrastruktur (etwa Atomkraftwerke) zur Aufgabe.

2023 wurde mit der „Offensivgarde“ eine übergreifende Einheit für Angehörige der Nationalgarde, der Nationalpolizei sowie der Grenzschutztruppen gegründet. Sie ist in Brigaden organisiert, untersteht ebenfalls dem Innenministerium und konnte innerhalb weniger Tage mehrere Tausend freiwillige rekrutieren.

Nach der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB, entstand in der Ukraine der Inlandsgeheimdienst SBU. Wesentliche Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität, der staatlichen Interessen, des wissenschaftlichen (Rüstungs-)Potentials und der Verfassung. Als Strafverfolgungsbehörde bekämpft der SBU ebenfalls organisierte Kriminalität und Terrorismus. Er ist direkt dem:der Staatspräsident:in unterstellt und unterliegt der parlamentarischen Kontrolle, die jedoch nur bedingt ausgeübt wird und wenig effektiv ist. Dieser Mangel und die Größe des Geheimdienstes (bis zu 30.000 Beschäftigte) scheinen seinen Missbrauch durch die jeweiligen Regierungen zu begünstigen. Berichten zufolge wurde er immer wieder zur Unterdrückung der Opposition sowie zur Beeinflussung regimekritischer Journalist:innen und Medien genutzt. Zuletzt fokussierte sich der SBU insbesondere auf Korruptionsbekämpfung. Es bestehen jedoch einige strukturelle sowie gesetzliche Defizite, die einen erfolgreichen Kampf erschweren. Generell vertraut die Bevölkerung dem Inlandsgeheimdienst bei der Korruptionsbekämpfung jedoch mehr als der Polizei. Während das Militär sich weitestgehend aus politischen Prozessen heraushält und eine neutrale Position einnimmt, beeinflussen viele Sicherheitskräfte diese indirekt mit Hilfe von Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung oder durch kriminelle Aktivitäten.

## Diversität in den Sicherheitskräften

Homosexualität stellt in der Ukraine kein rechtliches Ausschlusskriterium für den Wehrdienst dar. Dennoch blieben LGBTQIA+-Personen im Militär lange weitgehend unsichtbar. 2018 outete sich mit Viktor Pylypenko erstmals ein aktiver Soldat öffentlich als schwul; im selben Jahr gründete sich zudem eine NGO queerer Militärangehöriger und Veteran:innen. Im Zuge der russischen Vollinvasion gewann das Thema zusätzlich an Aufmerksamkeit, unter anderem durch ein Einhorn-Abzeichen queerer Soldat:innen, das symbolisieren soll, dass LGBTQIA+-Personen in den Streitkräften keine „Fabelwesen“ sind, sondern reell existieren.

Trotz wachsender gesellschaftlicher Akzeptanz herrscht in vielen Einheiten weiterhin faktisch eine „don't ask, don't tell“-Mentalität, weshalb zahlreiche Soldat:innen ihre sexuelle Identität oder Orientierung verbergen. Hinzu kommen fortbestehende rechtliche Probleme: Da gleichgeschlechtliche Partnerschaften bislang nicht vollständig anerkannt sind, haben Partner:innen oft keinen Anspruch auf Krankenhausbesuche, Entschädigungszahlungen oder Hinterbliebenenrechte. Besonders Transfrauen geraten zudem durch das Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren in eine schwierige Lage, da der Staat vielfach weiterhin das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht zugrunde legt.

Frauen hingegen können seit der Unabhängigkeit der Ukraine den Streitkräften beitreten, waren jedoch lange Zeit offiziell überwiegend auf medizinische, administrative oder andere traditionell „weibliche“ Rollen beschränkt. Eine Studie aus 2015 zeigte jedoch, dass Frauen die bspw. als Köchinnen oder Reinigungskräfte eingestellt worden waren, als Scharfschützinnen, Aufklärerinnen oder gar Artilleristinnen an Kampfhandlungen in der Ostukraine beteiligt waren. Erst darauf hin, ab 2016, öffnete die Ukraine Frauen schrittweise den Zugang zu Kampfeinheiten; 2018 erfolgte schließlich die formale rechtliche Gleichstellung in Militär und Strafverfolgungsbehörden. Seitdem können Frauen grundsätzlich sämtliche militärischen Rollen und Laufbahnen übernehmen.

Ihre Zahl innerhalb der Streitkräfte stieg seit Beginn des Konflikts mit Russland in absoluten Zahlen daher auch deutlich an: Im Oktober 2015 waren etwa 30.500 zivile Mitarbeiterinnen sowie 14.500 Soldat:innen im Dienst der Streitkräfte, 2000 davon als Offizierinnen. Im März 2026 dienten insgesamt 75.000 Frauen in den Streitkräften, etwa zwei Drittel davon als Soldatinnen. Der Anteil von Frauen an den Gesamtstreitkräften ist demnach allerdings kaum gestiegen bzw. sogar gesunken: 2013 machten Frauen bspw. 25 % der Gesamtstreitkräfte bzw. 15 % der Soldat:innen aus. Bei aktuell rund 75.000 Frauen inkl. etwa 50.000 Soldatinnen liegt der Gesamtanteil bei etwa 11,1 % bzw. der von Soldatinnen bei 7,4 %. Der Anteil weiblicher Offiziere hat zuletzt aber auch relativ deutlich zugenommen und stieg laut ukrainischen Angaben zwischen Anfang 2023 und Anfang 2026 von etwa 4 % auf rund 21 %. Die Angaben können jedoch nicht unabhängig überprüft werden. Trotz dieser Entwicklung bleiben Frauen in den höchsten Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Die ersten weiblichen Generäle wurden erst ab 2018 ernannt – bislang ausschließlich im Sanitätsdienst; weibliche Generäle mit Kampfkommando existieren bisher (Stand Juni 2026) nicht. Dies hängt allerdings auch damit zusammen, dass Frauen erst seit wenigen Jahren sämtliche militärischen Ausbildungs- und Karrierewege vollständig offenstehen.

Auch innerhalb der Polizei nahm der Frauenanteil insbesondere seit den Reformen nach der Maidan-Revolution deutlich zu und lag 2025 bei rund 24,6 % unter uniformierten Polizisten (darunter: 21,3 % in der Kriminalpolizei und 12,6 % in der Streifenpolizei). Frauen übernehmen dort zunehmend auch operative und leitende Funktionen und nahmen nach offiziellen Angaben zuletzt 15,3 % der Führungspositionen ein.

Insgesamt sollen im Sicherheits- und Verteidigungssektor 130.000 Frauen beschäftigt sein. Um unter anderem ihre Anteile in verschiedenen Institutionen und Hierarchieebenen weiter zu erhöhen, verabschiedete die Ukraine im Februar 2026 bereits seinen dritten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Women, Peace and Security Agenda. Der erste wurde bereits 2016 verabschiedet; der aktuelle läuft nun bis 2030 und umfasst neben Gleichberechtigung und Partizipation auch Ziele hinsichtlich Geschlechtsspezifischer Gewalt und den Ausbau entsprechender institutioneller Kapazitäten.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Die Ukraine unterzeichnete den Internationalen Waffenhandelsvertrag, hat ihn aber bisher nicht ratifiziert. Sie ist ansonsten den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte sie sich schnell bereit, dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutreten und gab alle Nuklearwaffen bis 1996 an Russland ab. Mit Unterstützung der USA rüstete die Ukraine bis 2001 – wie im START-I-Vertrag vorgesehen – alle strategischen Bomber, Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen und strategische Marschflugkörper ab oder zerstörte sie. Dennoch lieferten ukrainische Unternehmen Mittelstreckenraketen, die auch mit Nuklearsprengköpfen einsetzbar sind, an den Iran und nach China.

Die Ukraine besitzt weiterhin ein Arsenal an Streumunition und betrachtet diese als legitime Waffe. Daher trat sie dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 nicht bei. Laut dem Cluster Munition Monitor setzten ukrainische Streitkräfte diese Waffe im Abwehrkampf gegen Russland mehrfach ein – was die offizielle Seite nicht dementierte. Russland soll in diesem Konflikt ebenfalls neu entwickelte Streumunition eingesetzt haben. Seit die USA Mitte 2023 Streumunition lieferten, verwendet auch die Ukraine diese regelmäßig.

Gegen die Ukraine sind weder vonseiten der UN, der EU noch der OSZE derzeit Waffenembargos oder sonstige Sanktionen verhängt.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

#### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Box 6

### Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

*Russian attacks on civilians in Ukraine escalated in 2025, continuing to inflict immense civilian suffering and widespread destruction. Many of these attacks, often involving explosive weapons with wide-area effects and short-range drones, sometimes in combination, have had a devastating impact on Ukrainian civilians and may constitute war crimes. In 2025, the use of explosive weapons in populated areas contributed to a 31 percent increase in civilian casualties compared with 2024.*

*From the start of Russia's full-scale invasion in February 2022 to December 2025, 14,999 Ukrainian civilians were killed and 40,601 injured, according to the United Nations Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (HRMMU).*

*Negotiations to end the war launched in February by the United States' administration continued throughout the year. In November, the United States presented a controversial peace framework that reportedly demanded major concessions from Ukraine and contained a provision for amnesty for wartime actions, undermining the potential for justice and accountability for abuses committed during the war. As a result of the United States administration's January executive order pausing "foreign development assistance," civil society groups in Ukraine lost an estimated 75 percent of their funding and had to suspend crucial human rights programs and projects supporting war crimes investigations.*

*In July, Ukraine notified the United Nations (UN) of its "suspension" of obligations under the 1997 Mine Ban Treaty. The treaty does not allow a suspension during armed conflict, and this move is not covered by the article of the Vienna Convention on the Law of Treaties that Ukraine cited to justify its action. In 2024, Ukraine used landmines it had received from the United States. Russia, not party to the treaty, has used landmines extensively, heavily impacting Ukrainian civilians.*

*The war continued to dominate domestic politics. Threats to media freedom, domestic corruption investigations, and confrontations between law enforcement agencies fueled political instability. July saw a major government reshuffle, the largest since the start of the full-scale war, resulting in the*

appointment of a new prime minister and cabinet. To support Ukrainian military servicemen, parliament voted in September to create a military ombudsperson body. In February, the parliament reaffirmed constitutional provisions against holding presidential elections until martial law is lifted.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/ukraine>

## Box 7

### Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026

Russia continued indiscriminate attacks on heavily populated areas, targeted critical civilian infrastructure and appeared to deliberately target civilians. Ukrainian prisoners of war and civilian detainees were subjected to torture, enforced disappearance and incommunicado detention in Russian-occupied territories, where repression of non-Russian identities continued. Investigative journalists reported being subjected to targeted smear campaigns. The right to freedom of religion was restricted. Conscientious objectors were denied alternative service and prosecuted. Prosecution for collaboration raised fair trial concerns.

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

## Box 8

### Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 29/60

Politische Rechte: 22/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (51/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

## Box 9

### Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026

The Russian armed forces launched an illegal all-out invasion of Ukraine in February 2022, inflicting massive civilian and military casualties and destroying civilian infrastructure. President Volodymyr Zelenskyy declared martial law immediately after the invasion. Under this designation, scheduled parliamentary and presidential elections have been postponed and other rights remain restricted. The current administration has enacted a number of positive reforms as part of a drive to strengthen democratic institutions, but the country still struggles with corruption in the government, the judiciary, and other sectors.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2026>

## Kommentar

Lange Zeit war die Menschenrechtslage in der Ukraine besser als in vielen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Nach der Wahl von Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten im Jahr 2010 verschlechterte sich die Situation jedoch insbesondere für Medien und Opposition. Staatliche Behörden verurteilten Regierungsgegner:innen verstärkt mithilfe des Justizapparats, während der Inlandsgeheimdienst Einschüchterungskampagnen betrieb.

Seit den Protesten gegen das Regime Janukowytsch und dessen Absetzung im Jahr 2014 setzte die Ukraine zwar mehrere Reformen um, die teilweise zu Verbesserungen der Menschenrechtslage beitrugen. Dennoch bestehen zahlreiche Probleme fort. Menschenrechtsorganisationen dokumentieren weiterhin willkürliche Verhaftungen, Folter sowie Misshandlungen durch Sicherheitskräfte. Zugleich bleibt die mangelnde strafrechtliche Verfolgung solcher Taten ein erhebliches Problem.

Besonders kritisch ist die Menschenrechtssituation in der Ostukraine. Bereits im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen ab 2014 kam es zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterungen durch bewaffnete Gruppen – darunter auch ukrainische Militärangehörige und Milizen. Die ukrainische Justiz verfolgte diese Verbrechen nur selten strafrechtlich. Dadurch herrschte vielerorts ein Klima der Straflosigkeit. Nochmals extrem zugespitzt hat sich die Situation aber laut Menschenrechtsorganisationen unter russischer Besatzung seit 2022. So berichteten freigelassene zivile Gefangene seit Juni 2023 übereinstimmend und detailliert unter anderem von Scheinhinrichtungen, Elektroschocks, sexueller Gewalt, langandauernden Stresspositionen, Nahrungsmangel sowie Todes- und Gewaltandrohungen auch gegen Familienangehörige. Immer wieder kommt es zum Verschwinden von Personen.

Auch ukrainische Streitkräfte wurden wiederholt beschuldigt, gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen zu haben. Internationale Organisationen dokumentierten insbesondere Misshandlungen russischer Kriegsgefangener, darunter Schüsse in die Gliedmaßen, Folter mittels Elektroschocks und ebenfalls Scheinhinrichtungen. In einzelnen Fällen wurden zudem außergerichtliche Tötungen russischer Kriegsgefangener festgestellt (bis Februar 2023 mind. 25 Stück). Es gibt auch Hinweise auf die außergerichtliche Tötung von kleineren Gruppen (sechs bis elf) russischer Soldat:innen. Die meisten dokumentierten Übergriffe ereigneten sich dabei nahe der Front bzw. während oder in den ersten Stunden und Tagen nach der Gefangennahme. Die Behandlung in regulären Kriegsgefangenenlagern wird überwiegend als deutlich besser beschrieben. Darüber hinaus kritisierten Menschenrechtsorganisationen vereinzelt die Stationierung militärischer Stellungen in oder nahe zivilen Einrichtungen, wodurch die Zivilbevölkerung zusätzlichen Gefahren ausgesetzt worden sein dürfte. Hinweise auf eine systematische oder staatlich angeordnete Begehung solcher Verstöße liegen bislang jedoch nicht vor. Internationale Untersuchungen bewerten Umfang und Schwere der dokumentierten Vergehen insgesamt als deutlich geringer als die in den von Russland besetzten Gebieten dokumentierten Verstöße.

### Geschlechtsspezifische Gewalt

Auf internationaler Ebene hat die Ukraine die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der

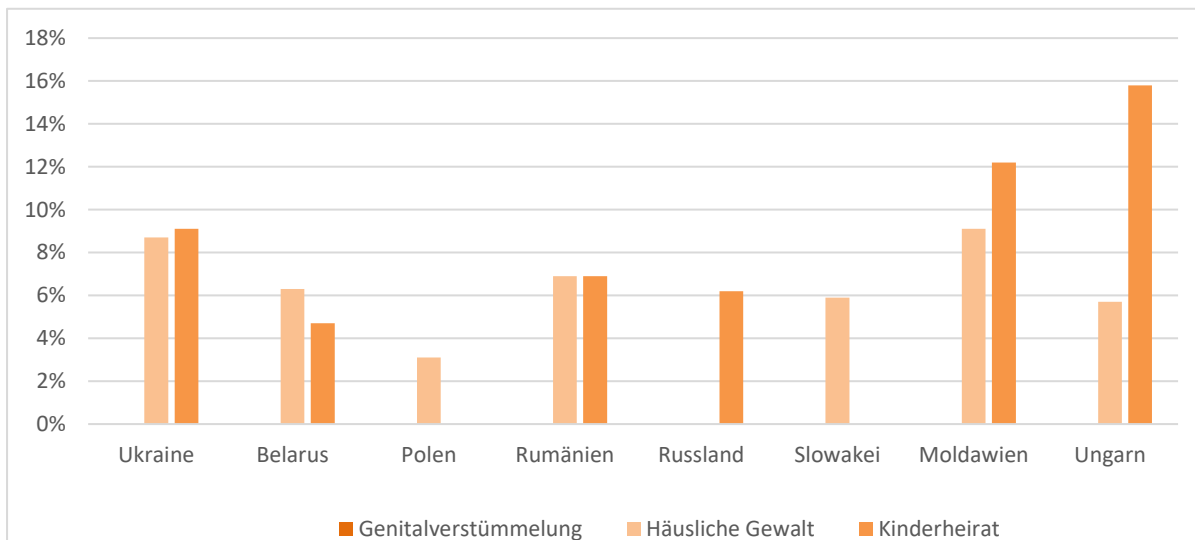
Fakultativprotokolle. Auch innerstaatlich verfügt die Ukraine inzwischen über einen umfassenden Rechtsrahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt sowie Anti-Diskriminierungsgesetze. Hinsichtlich LGBTQIA+-Rechten, wie auch hinsichtlich Kinderschutzes, zeigen sich aber noch (teils gravierende) Probleme.

Geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) bleibt in der Praxis ein Problem. Aktuelle Schätzungen der WHO (aus 2023) decken sich stark mit Angaben der UNFPA: demnach liegt die 12-Monats-Prävalenz für häusliche Gewalt innerhalb von Partnerschaften (physische und/oder sexuelle Gewalt gegen 15-49-jährige Frauen) in der Ukraine bei 8,7 - 8,9 % und wird demnach unter seinen Nachbarstaaten lediglich von Moldawien (und laut WHO von Rumänien) übertroffen. Die Lebenszeitprävalenz liegt demnach sogar bei rund 22,2 %. Das Problem hat insb. mit der COVID-19-Pandemie sowie dem aktuellen Krieg mit Russland, laut UNFPA sowie dem ukrainischen Innenministerium, aber nochmals deutlich an Intensität zugelegt. Offizielle Zahlen des Polizei-Jahresberichts (2025) zeigen seit 2021 allerdings einen Rückgang gemeldeter Vorfälle häuslicher Gewalt. Nichtsdestotrotz sind die Zahlen enorm: 325.599 gemeldete Fälle in 2021 und seither etwa zwischen 120.000 und 291.000 Fälle jährlich. Die Dunkelziffern dürften weitaus höher liegen. Zu sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt gibt es keine verlässlichen Zahlen, jedoch muss davon ausgegangen werden, dass sexuelle Gewalt gezielt als militärische Waffe eingesetzt wird. Ziel werden hier hauptsächlich Mädchen und Frauen, aber auch weitere vulnerable Gruppen wie LGBTQIA+-Personen.

Homosexualität ist in der Ukraine seit 1991 legal, gleichgeschlechtliche Ehen sowie nicht-binäre Identitäten werden bis heute allerdings nicht anerkannt. Diskriminierung gegenüber LGBTQIA+-Personen ist zudem nur in manchen Kontexten ein Straftatbestand; Konversionstherapie bspw. ist nicht verboten. Zwar hat sich mit der russischen Invasion das gesellschaftliche Klima in Teilen der ukrainischen Gesellschaft durchaus progressiv entwickelt, dennoch prägen auch hier konservative Wertvorstellungen die Gesellschaft und Politik. Im Equality Index erreicht die Ukraine hinsichtlich der rechtlichen Situation 58 von 100 Punkten (der Durchschnitt Osteuropas ist 56), hinsichtlich der öffentlichen Meinung sogar nur 39 (Durchschnitt: 31). Damit liegt die Ukraine weltweit auf Platz 73. 2025 wurden 23 Fälle von Hasskriminalität gegen LGBTQIA+-Personen verzeichnet, welche im ukrainischen Recht nicht explizit gegen queere Menschen verboten sind.

Auch Kinderrechte bleiben in der Praxis unzureichend geschützt, Kinderheiraten sind weiterhin weit verbreitet: Rund 0,1 % der Mädchen werden vor Vollendung des 15. Lebensjahrs verheiratet (Stand 2012), etwa 9 % vor Vollendung des 18. Lebensjahrs. Damit nimmt die Ukraine die dritte Stelle unter seinen Nachbarländern ein. Auch Kinderarbeit ist weit verbreitet: 9,7 % der 5- bis 14-jährigen Kinder (etwa 385.000) sind in Arbeit. Die Rechtslage zum Verbot kommerzieller sexueller Ausbeutung entspricht nicht internationalen Standards – so ist etwa die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen von Minderjährigen nicht strafbar. Zur Verbreitung weiblicher Genitalverstümmelung liegen keine Zahlen vor; sie ist verboten und es liegen keine Hinweise vor, dass dies eine verbreitete Praxis in der Ukraine ist.

## Schaubild 5

**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:  
Prävalenz häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**

*Häusliche Gewalt meint hier physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner innerhalb der letzten 12 Monate (unter 15-49-jährigen Frauen); Kinderheirat bezieht sich auf unter 18-jährige Mädchen.*

*Quelle: United Nations Population Fund; <https://www.unfpa.org/data>*

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 10

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung**

*The full-scale Russian war of aggression has split Ukraine's story into the periods before and after February 24, 2022. Ukraine's resilience in fighting for its sovereignty and free democratic future triggered a tectonic shift in its relations with the EU, granting the country candidate status. An international coalition, comprising democratic states, has been formed to support Ukraine and provide it with humanitarian, fiscal and military assistance on an unprecedented scale. However, the needs have remained even higher. At some point, Russia occupied up to one-fifth of Ukraine's territory, devastating entire areas with continuous artillery shelling. Russian missiles targeted civilian infrastructure, residential areas, medical facilities and educational facilities. By the end of 2022, one-fifth of the population lived in poverty (an increase from just 2% the previous year), one-third were unemployed (an increase from 9%), and 40% were in need of humanitarian assistance. [...]*

*Within Ukraine, societal support for EU and NATO membership has reached new highs, with over 80% of the population in favor. One major societal divide, attitudes toward Russia, has vanished as society has united against Russia's full-scale war. Since February 2022, about three-fourths of the people have repeatedly expressed their belief that the country is moving in the right direction, compared to just a quarter who felt that way in December 2021. Support for President Zelensky has returned to levels not seen since his resounding victory in 2019. The influence of anti-democratic actors has weakened, particularly those with strong ties to Russia. Concurrently, civil society and social capital have significantly gained strength.*

*The EU candidate status not only provides a clear and commonly shared anchor but also defines the reform path. The acceleration of judiciary reform, new laws on media and national minorities, and unblocked institutional changes in anti-corruption bodies can be attributed to Ukraine's ambition to join the EU. Sectoral integration with the European Union has also progressed. In March 2022, Ukraine joined the European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E), while in October, the country became part of the European common transit system. The structural reforms carried out since 2014 have proven their worth. In 2022, the Ukrainian state has remained fully operational, with the authorities exercising full control over all territories. Thanks to a substantial overhaul of the banking sector, the banking system has remained stable amid the war. Consumer inflation, although accelerating, has stayed lower than during the previous crisis episode of 2014/2015. Pensions and social payments have been carried out without noticeable delays. E-government has helped people access public services despite widespread displacement.*

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/UKR>

### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte die Ukraine 36 von 100 möglichen Punkten (2024: 35 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Argentinien oder Belize. Deutschland erreichte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

### **Spannungen und innere Konflikte**

In der Ukraine besteht seit Jahren ein Konflikt über die grundlegende politische Ausrichtung des Landes zwischen ukrainischen und russisch geprägten Bevölkerungsteilen. Dabei standen sich entsprechend pro-westliche und pro-russische Kräfte innerhalb der politischen Elite wie auch der Bevölkerung gegenüber.

Im November 2013 begannen mit Protesten in der Bevölkerung eine tiefgreifende Staatskrise in der Ukraine. Auslöser der Protestbewegung („Euromaidan“) war die Entscheidung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, ein seit 2007 verhandeltes Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Das Abkommen war bereits auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert worden. Sein Kern bestand in einem umfassenden Freihandelsabkommen, das die weitgehende Öffnung der jeweiligen Binnenmärkte vorsah. Die überraschende Ablehnung der Unterzeichnung stieß bei großen Teilen der Bevölkerung auf erheblichen Widerstand. Daraufhin begannen Proteste auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz („Maidan Nesaleshnosti“). In der Nacht vom 29. auf den 30. November 2013 räumte eine Sonderpolizeieinheit den Platz erstmals gewaltsam. Anschließend weiteten sich die Proteste zu landesweiten Massenkundgebungen aus, die die Regierung Janukowitsch ebenfalls mit Gewalt unterdrückte. Nachdem erste Aktivist:innen getötet worden waren, reagierten Teile des Euromaidan mit Gegengewalt, die vor allem von Anhänger:innen des „Rechten Sektors“ (Prawyj Sektor) ausging. In der Folge besetzten Demonstrierende zahlreiche Gebäude, während Sicherheitskräfte massive Menschenrechtsverletzungen begingen.

Bereits zu diesem Zeitpunkt geriet die territoriale Integrität der Ukraine zunehmend unter Druck, insbesondere auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim. Dort übernahmen am 27. Februar 2014 bewaffnete Akteure, darunter zahlreiche russische Soldat:innen ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle über Flughäfen, Regierungsgebäude und Militärstützpunkte. Gleichzeitig

setzte das prorussische Regionalparlament unter Anwesenheit bewaffneter Personen die Regierung ab. Anschließend leitete es ein Referendum über den zukünftigen Status der Krim ein. Bei der Abstimmung vom 16. März 2014 sprach sich offiziellen Angaben zufolge eine Mehrheit für einen Beitritt zu Russland aus. Da die von Russland veröffentlichten Zahlen jedoch weder unabhängig überprüfbar noch konsistent waren, bleibt die Legitimität des Referendums stark umstritten. Anfang April 2014 griffen die Unruhen auch auf den Osten der Ukraine über. Aktivist:innen besetzten unter anderem in Charkiw und Donezk Regierungsgebäude und forderten Referenden über eine Abspaltung. Die Ereignisse belasteten die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine erheblich. Die ukrainische Regierung warf Moskau vor, Provokateur:innen und bewaffnete Kräfte in die Ukraine einzuschleusen, um die Unruhen zu unterstützen. So soll etwa der separatistische Kommandeur Igor Girkin Verbindungen zum russischen Militärgesamtdienst GRU gehabt haben. Diese Anschuldigung wurde später von Girkin selbst gegenüber russischen Medien bestätigt.

Am 18. April 2014 vereinbarten die USA, Russland, die Ukraine und die EU einen Friedensfahrplan. Dieser sah unter anderem vor, dass separatistische Kräfte besetzte Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen sollten. Da die Separatist:innen diese Vorgaben missachteten, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Russland weitete daraufhin seine militärische Präsenz an der ukrainischen Grenze aus. Am 11. Mai 2014 führten auch die Regionen Luhansk und Donezk Referenden über eine Abspaltung durch. Nach Angaben der Separatist:innen unterstützten 89 Prozent der Abstimmenden die Unabhängigkeit. Die separatistischen Führungen riefen daraufhin die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk aus. Während Russland diese anerkannte, lehnten die EU und die USA die Referenden ab. Mit dem Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und dem Minsker Memorandum vom 19. September 2014 vereinbarten die Konfliktparteien unter anderem eine Waffenruhe, den Abzug schwerer Waffen sowie besondere lokale Selbstverwaltungsrechte für Teile der Ostukraine. Die OSZE sollte die Umsetzung überwachen. Dennoch kam es weiterhin regelmäßig zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Auch das zweite Minsker Abkommen („Minsk II“) vom 12. Februar 2015 führte nicht zu einer dauerhaften Stabilisierung. Die OSZE machte insbesondere die Separatist:innen für das Scheitern der Vereinbarungen verantwortlich. Auch zwischen 2016 und 2018 verletzten die Konfliktparteien den Waffenstillstand wiederholt.

Im April 2019 gewann Wolodymyr Selenskyj die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Im Dezember desselben Jahres nahmen Russland und die Ukraine in Paris unter Vermittlung Deutschlands und Frankreichs neue Verhandlungen über einen dauerhaften Waffenstillstand auf. Im Zuge des Führungswechsels vereinbarten beide Seiten unter anderem Gefangenenaustausch, die Rückgabe von Patrouillenbooten sowie eine begrenzte Truppenentflechtung einschließlich Minenräumung. Im Sommer 2020 handelten die Konfliktparteien erneut einen Waffenstillstand aus. Zwar kam es weiterhin zu Verletzungen, ihre Zahl sank laut OSZE jedoch deutlich. Für die Monate August bis Oktober 2020 registrierte die OSZE nach Inkrafttreten des Waffenstillstands vom 27. Juli einen Rückgang der Verstöße um rund 95 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Langfristiges Ziel blieb die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.

Im Jahr 2021 verstärkte Russland zweimal massiv seine Truppenpräsenz an der ukrainischen Grenze. Berichten zufolge verlegte Russland allein zwischen November und Dezember 2021 zwischen 70.000 und 100.000 Soldat:innen sowie schweres Gerät, medizinische Einrichtungen und umfangreiche Logistik in die Grenzregion. Die NATO versetzte daraufhin die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in erhöhte Alarmbereitschaft. Russland begründete den Truppenaufmarsch unter anderem mit der aus seiner Sicht unzureichenden Umsetzung

der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine. Diese hätten unter anderem vorgesehen, separatistisch kontrollierten Gebieten einen Sonderstatus einzuräumen, was die ukrainische Regierung als Gefahr für die eigene Souveränität betrachtete. Zudem forderte Präsident Wladimir Putin Garantien gegen eine weitere NATO-Osterweiterung, insbesondere mit Blick auf die Ukraine und Georgien, die beide um einen Beitritt bemüht sind.

Seit der russischen Invasion vom 24. Februar 2022 befindet sich die Ukraine im Kriegszustand und hat die Generalmobilmachung ausgerufen. Der Krieg forderte bislang mehrere Hunderttausend Tote und Verletzte auf russischer und ukrainischer Seite. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) wurden bis Anfang 2026 mehr als 12.000 Zivilist:innen getötet; die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen. Zudem befinden sich weiterhin mehrere Millionen Ukrainer:innen auf der Flucht, davon ein Großteil in europäischen Staaten.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Die Ukraine liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Belarus, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Nach der russischen Annexion der Krim fand am 16. März 2014 ein Referendum auf der Krim statt, welches die Angliederung an Russland bestätigte. Diese Angliederung wird jedoch von der internationalen Gemeinschaft mehrheitlich als rechtswidrig eingestuft.

### Politische Situation in der Region

Im Februar 2022 eskalierte der bereits lange währende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Russische Einheiten marschierten in die Ukraine ein, um die ukrainische Regierung zu stürzen. Der schnelle Erfolg der russischen Armee blieb aus und der Konflikt erstarrte in einen Stellungskrieg, bei der keine Seite größere Fortschritte verzeichnen konnte. Die Ukraine erhält materielle militärische Unterstützung aus westlichen Staaten, insbesondere aus den USA (siehe Kommentar zu den [Waffenlieferungen](#)). Im Spätsommer 2023 unternahmen die ukrainischen Streitkräfte einen Offensivvorstoß um die Süd- und Ostukraine zu befreien, doch dieser Versuch scheiterte und endete mit dem Verlust der beiden strategisch wichtigen Städte Bachmut und Awdijiwka. Während die russische Armee 2024 in der Donbass Region unter hohen Verlusten einen langsamen, aber stetigen Vormarsch erzielt, gelang es der Ukraine im August 2024 in einer Überraschungsaktion einen strategischen Vorstoß in die russische Region Kursk durchzuführen und die dortige Kleinstadt Sudscha unter ihre Kontrolle zu bringen, die von ukrainischen Kräften bis März 2025 gehalten wurde. Darüber hinaus trat Nordkorea auf Seiten Russlands in den Krieg ein und schickte rund 10.000 Soldat:innen in die Ukraine, um dort an der Seite der russischen Truppen zu kämpfen. Die von westlicher Unterstützung abhängige Ukraine gerät aufgrund der neuen Amtszeit von US-Präsident Donald Trump und der zögerlichen Haltung anderer NATO-Staaten zunehmend unter Druck. Dennoch schaffte es das ukrainische Militär im Laufe der ersten Jahreshälfte 2026 die Situation

an der Front zu stabilisieren und Russland mit Angriffen, u.a. auf dessen Öl- und Gas-Infrastruktur, unter Druck zu setzen.

### **Grenzkonflikte**

Im Jahr 2009 beendete ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs einen langjährigen Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine. Streitpunkt waren angrenzende Seegebiete und der Zugang zum Schwarzen Meer. Das Gericht entschied überwiegend zugunsten Rumäniens, räumte jedoch beiden Staaten die Möglichkeit ein, die dortigen Öl- und Gasvorkommen auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor dem Urteil angekündigt, die Entscheidung anzuerkennen.

Weiterhin ungelöst bleibt hingegen der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine um die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer mit dem Schwarzen Meer verbindet. Die Ukraine leitet ihren Anspruch auf die Wasserstraße aus historischen Zugehörigkeiten ab, während Russland infolge der Annexion der Krim de facto die Kontrolle ausübt. Für Russland besitzt die Straße von Kertsch sowohl wirtschaftlich als auch militärisch große Bedeutung. Obwohl beide Staaten jahrelang über eine endgültige Grenzziehung verhandelten, erzielten sie keine Einigung. Seit der russischen Annexion der Krim besteht zudem ein Konflikt um die Zugehörigkeit der Halbinsel sowie um die Regionen Luhansk und Donezk, die die Ukraine als von Russland besetzte Gebiete betrachtet. Der Ausgang des Krieges um diese und weitere Teile der Ost- und Südukraine bleibt weiterhin offen.

### **Regionale Rüstungskontrolle**

Nach dem Zerfall der Sowjetunion gab die Ukraine die auf ihrem Territorium stationierten Nuklearwaffen auf, zerstörte diese und trat 1994 dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) bei. Nach der russischen Annexion der Krim 2014 wuchs international die Sorge, die Ukraine könne eine erneute nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung betonte jedoch wiederholt, am Status eines nuklearwaffenfreien Staates festhalten zu wollen.

Die Ukraine war Vertragsstaat des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges geschlossene Vertrag legte Obergrenzen für schwere konventionelle Waffensysteme im Vertragsgebiet fest. Infolge des Abkommens zerstörten die Vertragsstaaten mehr als 50.000 Waffensysteme. Vor allem die russische Suspendierung der Umsetzung des Vertragsregimes im Jahr 2007 stellte die Wirksamkeit des KSE-Vertrags infrage. Mit dem russischen Ausstieg aus dem Vertrag 2023 und der darauffolgenden Suspendierung des Vertrags durch die NATO-Mitgliedstaaten ist der KSE-Vertrag bis auf weiteres hinfällig. Insgesamt befindet sich die europäische Rüstungskontrolle seither in einer tiefen Krise, die der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zusätzlich enorm verschärft hat. Wie zukünftige Rüstungskontroll-, Sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen – insbesondere nach einem möglichen Ende des Krieges – ausgestaltet werden können, bleibt Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Debatten.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Seit dem 31. März 2022 sind keine alliierten Soldat:innen mehr in der Region stationiert. Zuvor waren seit 2014 im Rahmen der „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ (zivile Sonderbeobachtungsmission) Beobachter:innen – auch aus Deutschland – in den Gebieten Iwano-Frankiwsk, Lemberg und Czernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipro, Luhansk und Odessa (Südostukraine) vertreten. Durch tägliche Lageberichte sollte diese OSZE-Mission Spannungen verringern und Waffenstillstandsabkommen überwachen.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Die Ukraine gilt bis heute nicht als unmittelbares Hauptziel transnationaler Terrorgruppen; viel problematischer ist hier die organisierte Kriminalität (siehe folgenden Kommentar). Das Land hat alle wichtigen internationalen Anti-Terrorismus-Konventionen unterzeichnet und engagiert sich aktiv bei der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen – insbesondere um zu verhindern, dass sie in die Hände terroristischer Akteure gelangen.

2025 kam es jedoch zu insgesamt zehn terroristischen Anschlägen. Dabei starben vier Menschen, zehn weitere wurden verletzt. Die Täter:innen blieben unidentifiziert. Vermutlich sind diese Anschläge aber im weiteren Sinne auf den Krieg zurückzuführen. Nichtsdestotrotz wurde mit MKY („Maniac Murder Cult“) etwa um das Jahr 2017/2018 auch eine (rechtsextremistische) terroristische Gruppe innerhalb der Ukraine gegründet. Diese wird mittlerweile für

Anschläge in Kanada, Schweden, Rumänien, den USA, der Ukraine und Russland verantwortlich gemacht.

International kooperiert die Ukraine zur Bekämpfung von Terrorismus und zugrundeliegender Netzwerke mit verschiedenen Multilateralen Institutionen, bspw. der EU, der NATO, der OSZE, der UN, Interpol und Europol.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Organisierte Kriminalität ist ein großes Problem in der Ukraine. Der Global Organised Crime Index 2025 zählt die Ukraine zu den Ländern mit hoher Kriminalität und geringer Resilienz. Sie belegt hier den 37. von 193 Plätzen (wobei der letzte Platz die geringste Kriminalität bzw. ein geringes Kriminalitätsrisiko darstellt). Innerhalb Europas liegt die Ukraine unter 44 Staaten auf Platz 2.

Besonders ausgeprägt ist der Drogen- und Waffenhandel, der durch die anhaltende Instabilität infolge des Konflikts im Osten des Landes zusätzlich begünstigt wird (siehe zum Waffenhandel auch den Kommentar „[Unerlaubte Wiederausfuhr](#)“). Darüber hinaus zählt Menschenhandel zu den gravierenden Problembereichen. Die Ukraine fungiert dabei sowohl als Herkunfts-, Transit- als auch Zielland für Menschenhandel. Allein 2025 wurden 116 neue Strafverfahren wegen Menschenhandels eröffnet (2024: 142).

Auch Korruption bleibt ein strukturelles Problem. Transparency International stufte die Ukraine im Korruptionswahrnehmungsindex 2025 auf Rang 104 von 180 Ländern ein. Besonders stark betroffen gilt das Justizsystem. Anfang 2023 erhoben Ermittlungsbehörden Korruptionsvorwürfe gegen mehrere Ministerien, woraufhin Präsident Wolodymyr Selenskyj umfassende personelle Umbesetzungen ankündigte. In der Folge traten mehrere hochrangige Regierungsmitglieder zurück, darunter Vize-Minister, der stellvertretende Generalstaatsanwalt sowie der Vizechef des Präsidialamts. Ende Dezember 2023 verhafteten Behörden zudem einen hochrangigen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums wegen Korruptionsverdachts. Ihm wird vorgeworfen, rund 36 Millionen Euro beim Beschaffungsgeschäft für

Artilleriemunition veruntreut zu haben. Die Regierung betont regelmäßig die konsequente Bekämpfung von Korruption auch im Kontext der EU-Annäherung, da Fortschritte in diesem Bereich als zentrale Voraussetzung für eine mögliche EU-Mitgliedschaft gelten.

**Tabelle 15**

***Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen***

<b>Abkommen</b>	<b>Status</b>	<b>Quelle</b>
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**UN-Berichterstattung**

Die Ukraine übermittelt regelmäßig Angaben im Rahmen des UN-Waffenregisters zu Rüstungsimporten und -exporten (zuletzt 2024). So hat sie lediglich im Jahr 2011 keinen Bericht eingereicht, allerdings enthalten die eingereichten Berichte oftmals nur dürftige Informationen. Aufgrund des Krieges mit Russland legt es derzeit auch keine Importe offen. Auch im Rahmen des UN-Registers über Militärausgaben berichtet das Land – allerdings unregelmäßig; zuletzt aber in 2025. Da das Land kein Mitglied des Arms Trade Treaty ist, bzw. diesen noch nicht ratifiziert hat, reichte es hier dementsprechend noch keinen Bericht ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons werden im zweijährlichen Turnus Berichte eingereicht, zuletzt 2020.

Die Ukraine ratifizierte 2024 das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshof (unterzeichnet bereits 2000, der Beitritt wurde jedoch erst Anfang 2025 voll wirksam). Gleichzeitig erklärte sie nach Artikel 124 des Statuts, dass sie für sieben Jahre die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Kriegsverbrechen nach Artikel 8 gegenüber eigenen Staatsangehörigen nicht anerkennt – insbesondere aus Sorge vor Ermittlungen gegen ukrainische Soldat:innen. Da die Ukraine jedoch bereits 2014 in zwei Erklärungen die Zuständigkeit des IStGH für Verbrechen auf ihrem Staatsgebiet anerkannt hatte, ist umstritten, inwieweit diese Einschränkung rechtlich wirksam ist. Artikel 124, der eine solche siebenjährige Übergangsfrist ermöglicht, wurde zwar 2015 von den Vertragsstaaten zur Abschaffung beschlossen, die entsprechende Änderung ist bislang jedoch nicht in Kraft getreten.

## Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ von 2003 bildet die rechtliche Grundlage der ukrainischen Exportkontrolle für Rüstungsgüter und Waffen. Es definiert drei zentrale Leitprinzipien für Entscheidungen über Rüstungsexporte: 1) die Unterstützung internationaler Bemühungen zur Nichtverbreitung, 2) die Harmonisierung ukrainischer Verfahren und Strukturen mit internationalen Normen und Standards sowie 3) die Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung internationaler Sicherheit und Stabilität. An Entscheidungen über Rüstungsexporte wirken neben dem:der Präsident:in auch die Verteidigungs- und Außenminister:innen, die Leiter:innen der Geheimdienste sowie die Leitung des staatlichen Rüstungsunternehmens Ukrspetseksport mit, das für Exportgeschäfte zuständig ist.

Die Ukraine gilt seit vielen Jahren als Herkunftsland illegaler Waffentransfers, unter anderem an bewaffnete Akteure in Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten. Ukrainische Medien berichteten, dass seit Beginn des Donbass-Konflikts im April 2014 rund 500.000 Waffen auf den ukrainischen Schwarzmarkt gelangt seien, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die wichtigsten Quellen bildeten sowjetische Altbestände sowie Ausrüstung, die separatistische Kräfte zurückließen.

Zudem legten Berichte mögliche Weiterleitungen ukrainischer Waffenlieferungen über Deutschland an syrische Rebellengruppen nahe. Das deutsche Auswärtige Amt bestätigte auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow nach Deutschland geliefert hatte. Die damalige Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen äußerte den Verdacht, diese Waffen könnten an islamistische Gruppen in Syrien weitergegeben worden sein. Die Jamestown Foundation schätzte, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Über lange Zeit waren zudem Staatsbedienstete, Militärangehörige, Polizeikräfte und Geheimdienstmitarbeiter:innen direkt oder indirekt in illegale Waffenhandelsnetzwerke involviert.

Im Juli 2022 berichteten zudem mehrere deutschsprachige Medien, dass europäischen Polizeibehörden (Inter- bzw. Europol) Hinweise auf organisierten Waffenschmuggel aus der Ukraine vorlägen. Das tatsächliche Ausmaß bleibt jedoch unklar. Medienberichten zufolge vermuten europäische Behörden, dass entlang der ukrainischen EU-Grenze Waffenlager zur Unterstützung von Schmuggelaktivitäten angelegt wurden. Besondere Sorge besteht hinsichtlich der Zeit nach Kriegsende, da dann große Mengen gelieferter Klein- und Leichtwaffen auf den Schwarzmarkt gelangen könnten. Moldau, traditionell ein wichtiger Transitpunkt für Waffenhandel aus der Ukraine, richtete gemeinsam mit der EU unter anderem deshalb ein Zentrum zur Bekämpfung organisierter Kriminalität ein. Insgesamt scheint die illegale Proliferation in den vergangenen Jahren aber zurückgegangen zu sein. Gründe dafür sind strengere Kontrollen sowie die abnehmenden Bestände sowjetischer Waffen.

Ein Bericht der Global Initiative Against Transnational Organized Crime dokumentierte im Juni 2024 die Sicherstellung von Flugabwehrwaffen, 23mm ZU-23-2-Systemen sowie US-Maschinengewehren, die üblicherweise nur Spezialeinheiten nutzen. Der Bericht kommt außerdem zu dem Schluss, dass sich der illegale Waffenhandel zunehmend professionalisiert. Im August 2024 deckten ukrainische Behörden in Lwiv einen Waffenhandelsring auf und beschlagnahmten 72 Pistolen, 20 Sturmgewehre, 29 Granaten sowie 49.000 Schuss Munition.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 11

#### Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The war hit the economy hard. Real GDP dropped by more than 30% in 2022, just after economic growth began picking up following the COVID-19 pandemic. International assistance has become the key to the country's survival after its defense expenses grew tenfold, reaching nearly half of the overall fiscal spending. In 2022, Ukraine received approximately \$32 billion in international funds, not including military assistance.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/UKR>

### Tabelle 16

#### Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

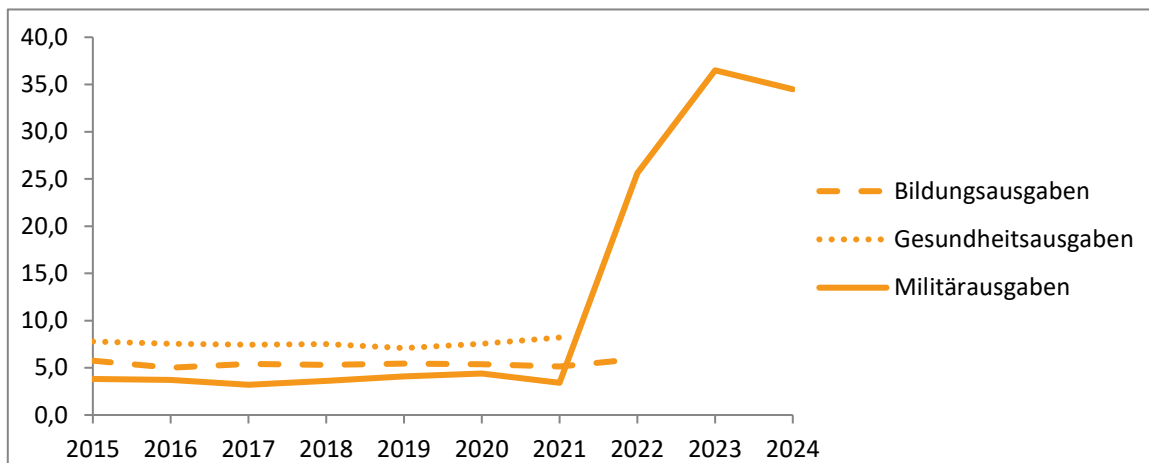
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	7436	6883	41205	64908	66784
Militärausgaben/BIP	4,4	3,4	25,6	36,5	34,5
Gesundheitsausgaben/BIP	7,6	8,2	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,4	5,1	5,9	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	125725	133406	136908	143318	176645
Anteil am BIP (in Prozent)	81,7	85,2	68,5	88,5	97,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	657,49	616,89	917,62	17807,2	-
Net ODA (% of GNI)*	0,4	0,37	0,47	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	212,87	186,19	209,39	2021,21	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

Tabelle 18

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	176,4	162,4	314,7	341,3	338,4
Index-Platzierung	17	19	1	1	1

Tabelle 19

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Belarus	Militarisierungswert	161,8	161,9	168,1	175,4	176,5
	Index-Platzierung	19	20	17	16	17
Polen	Militarisierungswert	125,0	124,6	120,2	129,9	147,8
	Index-Platzierung	46	48	50	36	26
Rumänien	Militarisierungswert	132,1	129,5	129,1	126,2	138,4
	Index-Platzierung	42	43	37	42	33
Russland	Militarisierungswert	196,6	190,2	199,6	202,4	213,4
	Index-Platzierung	10	13	11	11	5
Slowakei	Militarisierungswert	110,5	106,5	106,4	107,1	105,0
	Index-Platzierung	59	61	60	62	66
Ungarn	Militarisierungswert	102,9	96,2	102,7	107,0	109,9
	Index-Platzierung	70	79	64	64	60

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2021	2022	2023	2024	2025
Belarus	Militärausgaben (absolut)	952	1080	1370	1504	1828
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,6	1,9	2,0	2,4
Polen	Militärausgaben (absolut)	19634	19877	28998	34460	42528
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,2	3,3	3,8	4,5
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	6363	6172	5916	8315	8806
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,8	1,6	2,2	2,3
Russland	Militärausgaben (absolut)	68496	88679	108960	149402	158236
	Militärausgaben/BIP	3,6	4,6	5,3	6,9	7,5
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	2327	2415	2373	2787	2871
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,8	1,7	2,0	2,0
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	2781	4029	4364	4733	4621
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,8	2,0	2,1	2,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,789	0,783	0,772	0,772	0,779
HDI-Wert (Männer)	0,780	0,775	0,765	0,757	0,763
HDI-Wert (Frauen)	0,792	0,787	0,775	0,785	0,792
GDI-Wert	1,016	1,015	1,013	1,038	1,038

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/UKR>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

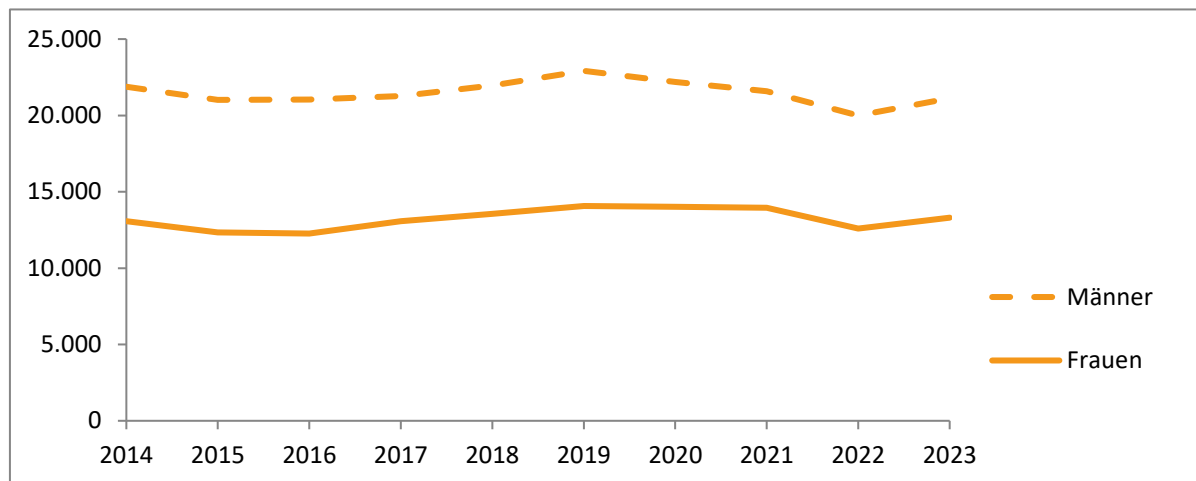
### Frauen in Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 47,8 % sind deutlich weniger Frauen (über 15 Jahre) in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (62,9 %). Die Ukraine liegt damit auch unter dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49,1 %). In Führungspositionen bleiben Frauen klar unterrepräsentiert: Nur 17,7 % der Top-Management Positionen sind weiblich besetzt. Auch haben nur 15 % der Firmen eine weibliche Mehrheitsbeteiligung bzw. 38,6 % überhaupt eine weibliche Beteiligung in der Eigentümerschaft.

Laut Gender Development Index (GDI) zählt Ukraine zur Gruppe der Länder mit „mittlerer bis hoher“ geschlechtlicher Gleichheit im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität – ein Wert unter 1 einen Nachteil für Frauen, ein Wert über 1 einen Nachteil für Männer. Mit 1,038 liegt die Ukraine deutlich über dem globalen Durchschnitt von 0,955. Es zeigen sich demnach geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede unterm Strich zu Ungunsten von Männern, was insb. auf die Lebenserwartung zurückzuführen sein dürfte: Frauen haben eine um 13,3 Jahre höhere Lebenserwartung und im Durchschnitt 0,7 Bildungsjahre mehr als Männer. Vor 2022 lag die Lebenserwartung für Frauen noch 8,9 Jahre über der von Männern. Auch hinsichtlich Einschulungsquoten gibt es – wenn auch nur sehr leichte – Nachteile für Männer von weniger als einem Prozentpunkt im primären und sekundären Bildungssektor. Im tertiären Sektor sind Frauen sogar deutlich besser repräsentiert (80,7 gegenüber 71,4 % bei Männern). Deutliche Nachteile für Frauen bestehen jedoch beim Einkommen: Kaufkraftbereinigt erzielen Männer 21.120 US-Dollar, Frauen nur 13.295 US-Dollar. Frauen erreichten 2023 damit rund 63 % des männlichen Einkommens. Damit ist die Einkommenslücke aber, sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ, gegenüber 2014 gesunken – wenn auch nur leicht. 2014 lag das relative Einkommen noch bei 59,7 %. Die absolute Lohnlücke sank von 8.810 auf 7.824 Dollar. Während Männer einen HDI von 0,763 erreichen, liegt der Wert für Frauen bei 0,792.

Der Gender Gap Report bewertet die Geschlechterunterschiede in Bildung und Gesundheit als gering, konstatiert jedoch deutliche Defizite in ökonomischer und insbesondere politischer Teilhabe. Im Parlament (Oberster Rat; Werchowna Rada) waren im Januar 2025 nur 85 von 401 Sitzen (21,2 %) weiblich besetzt. Auch waren nur 5 von 19 Ministerien weiblich besetzt (26,3 %). Entsprechende Disparitäten müssten sich auch im Gender Inequality Index (GII) widerspiegeln – dieser liegt für die Ukraine allerdings nicht vor.

Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 zeigt zudem, dass die Ukraine bei der formalen rechtlichen Gleichstellung hohe Werte erzielt (80,6 von 100 möglichen Punkten). Damit liegt die Ukraine über dem globalen (67) und im regionalen Durchschnitt (80,6) Zentralasiens. Schlecht ist es demnach aber um die rechtliche Lage der Sicherheit von Frauen (31,25/100 Punkten) sowie hinsichtlich gleicher Bezahlung (25/100) und Unternehmertum (50) bestellt. Unterstützende Rahmenbedingungen und Maßnahmen in der Praxis zeigen jedoch, dass die Sicherheit von Frauen durchaus ernst genommen wird: hier schneidet die Ukraine deutlich besser ab (85,5/100 Punkten). Ähnliches gilt für die Förderung von Unternehmertum (77,5 Punkte). Schlecht ist aber auch hier der Rahmen für gleiche Löhne und Gehälter (0/100). Expert:innen sehen insb. die Rechte zum Schutz von Frauen (18) und zum Unternehmertum (44) schlecht durchgesetzt.

**Schaubild 7****Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)**

Quellen: Gender Development Index

**Zusammenfassung zu Kriterium 8:**

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 5.210 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Folgen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft in hohem Maße von internationaler finanzieller Unterstützung abhängig sein wird. Mit einem HDI-Wert von 0,779 gilt die Ukraine als Land mit „hoher menschlicher Entwicklung“, liegt im regionalen Vergleich aber hinter seinen Nachbarländern. Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führte zur Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) sowie großen Teilen der Agrarproduktionsflächen. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden (Stand Anfang 2026) von der EU auf 588 Mrd. US-Dollar beziffert. Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hatte zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land in den vergangenen Jahren zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählte. Im Zuge des Krieges militarisierte sich die Ukraine nochmals deutlich und belegt seit 2022 im Globalen Militarisierungsindex den ersten Platz. Einen Überblick bisher geleisteter Hilfen – militärischer, finanzieller wie humanitärer Art – können dem [Ukraine Support Tracker](#) entnommen werden.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 5.210 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „Upper-middle income country“ und mit einer Auslandsverschuldung von 97 % am BIP (2023) als sehr hoch verschuldet – im Zuge des russischen Angriffskrieges dürfte dieser Wert aber nochmals enorm gestiegen sein. Die allgemeine Staatsverschuldung überstieg die 100 %-Marke und könnte im Verlaufe 2026 auf über 110 % ansteigen. Ende April 2026 beliefen sich allein die Schulden beim Internationalen Währungsfonds auf rund 15,48 Mrd. US-Dollar. Im

Global Competitiveness Index 2019 erlangte das Land den 85. Platz und galt mit einem Wert von 57 als mittelmäßig wettbewerbsfähig. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei machen 2024 rund 7,1 % des BIPs aus, was keine gefährlich hohe Abhängigkeit von diesem Sektor (etwa in Hinsicht auf Dürren oder andere Naturkatastrophen) bedeutet. Das Land weist eine mittelhohe wirtschaftliche Diversifizierung auf (etwas höher als für das Einkommensniveau zu erwarten wäre) – auch im Hinblick auf den Exportsektor, welcher vor allem von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (mehr als 35 % aller Exporte), Mineralien und Metallen (zusammen etwa 10 %) und Dienstleistungsgütern (Transport und Telekommunikation; zusammen ca. 25 %) geprägt ist. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Implikationen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft in hohem Maße von internationaler finanzieller und militärischer Unterstützung abhängig sein wird. Bereits 2014 stand die Ukraine kurz vor dem Staatsbankrott. Eine zwischenzeitliche wirtschaftliche Stabilisierung kann die extremen Folgen des Krieges nicht abfedern. Ohne weitere ökonomische Schocks prognostizierte die Weltbank bereits einen Wirtschaftseinbruch von 35 Prozent, welcher mit rund 28 % im Jahr 2022 auch annähernd erreicht wurde. Bereits 2023 und 2024 wuchs die Wirtschaft allerdings wieder, um 5,5 bzw. 2,9 %.

Die Wiederaufbaukosten werden im Februar 2026 auf rund 588 Mrd. US-Dollar bzw. 500 Mrd. Euro über die kommenden zehn Jahre geschätzt. Insb. Wohnungssektor (rund 14 % ist zerstört), Verkehrs- sowie Energiesektor sind hier die kostspieligsten Faktoren. Der Wiederaufbau wird ohne externe Hilfen daher nicht möglich sein.

### Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,779 gilt die Ukraine als Land mit der Kategorie „hohe menschlicher Entwicklung“, liegt im regionalen Vergleich aber deutlich zurück. Zum Vergleich: Deutschland weist einen Wert von 0,959 auf, die Nachbarländer der Ukraine bspw. 0,832 (Russland), 0,845 (Rumänien), 0,906 (Polen), 0,824 (Belarus), 0,880 (Slowakei), 0,870 (Ungarn) – sogar Moldawien liegt mit 0,785 seit 2021 (sehr leicht) darüber. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machte 2023 laut Weltbank rund 20,9 % am Bruttonationaleinkommen aus. 2021 lag dieser Wert noch bei 1,15. Absolute Armut (weniger als 3,00 PPP-Dollar pro Tag) stellte vor dem Krieg kein Problem dar – die relative Armut (gemessen an der nationalen Armutsgrenze) war mit 23 % allerdings zuletzt (2020) noch sehr hoch. Im Zuge des Krieges sollen Erfolge der Armutsreduktion bereits um mehr als 15 Jahre zurückgeworfen worden sein, aktuelle Daten oder verlässliche konkretere Angaben zu Armut liegen derzeit jedoch nicht vor. Auch die Arbeitslosigkeit lag mit 9,8 % (2021) und die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre) mit 19,1 allerdings auch vor dem Krieg hoch. Niedrig hingegen war der Gini-Index (25,6; zum Vergleich: Deutschland wies hier mit einem Wert von 33,7 auf). Dieser soll aber bis 2023 auf 0,41 und bis 2025 auf 0,50 gestiegen sein – dies sind außerordentlich hohe Werte und weisen auf eine extreme und zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen hin.

Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führt zu enormen wirtschaftlichen Verlusten. Aufgrund der Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen), der Zerstörung von Agrarproduktionsflächen und Industrieanlagen sowie der enormen Flucht und Abwanderung in andere Länder oder andere Landesteile der Ukraine ist

die wirtschaftliche Lage desaströs. Die Ukraine weist bereits seit 1993 eine schrumpfende Bevölkerung auf – die Abwanderung sowie Übersterblichkeit nahm im Zuge des aktuellen Krieges jedoch enorm zu. 2022 – 2023 schrumpfte die Bevölkerung der Ukraine, Weltbankdaten zufolge um 16 %.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hat zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. 2022 erreichte es mit einem Anstieg der Militärausgaben auf rund ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung einen weltweiten Rekordwert und belegte im [Globalen Militarisierungsindex](#) daher erstmals den ersten Platz. Seither nahm die Ukraine immer den ersten Platz im weltweiten Ranking ein.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

